

LESERMEINUNGEN

Stammort des Nationalen...
...nnerstag, den 4. Juni, erschienen. (Faksimile: VB)

It und Mord sind grundsätzlich verurteilt. Allerdings täuscht sachliche Rhetorik Ihres Lesers, mit scheinbarem Ziel, die Medienkompetenz der Leserschaft fördern, nicht über die zugrundeliegende Gesinnung hinweg. Leider bleiben derartige Äusserungen unbeantwortet, was als stille Zustimmung aufgefasst werden könnte.

persönlich sage Nein. Nein zu dem Leserbrief, Nein zu Diskriminierung in jeglicher Hinsicht und zum stillen Hinnehmen. Erleben es viel zu oft, dass auf diese Art präsentierte Statistiken die Betrachtung des grösseren Kontextes oder der Ursachen bezweckt werden, um eine bestimmte Meinung für oder gegen etwas in jemanden zu erzeugen. Dabei ist es egal, ob es um das Klima, eine Demokratie und eben gesellschaftspolitische Anliegen geht. Und um eine Frage zu beantworten: Ja, es

geht um Rassismus, wie Ihr Leserbrief beweist.

Ute Jastrab,
Fukseriweg 3, Schaan

**Amtsmisbrauchs-Verdacht
Klage gegen
Aurelia Frick,
Ex-Regierungsrätin**

Ich finde es eine gottverdammte Sauerei, dass gegen Aurelia geklagt wird! Aurelia hat ihren Job sehr gut gemacht! Aurelia war Regierungsrätin und ist Ehefrau und Mutter von zwei Kindern. Was wollt ihr noch mehr von dieser wunderbaren Frau? Ihr habt ihre Gutmütigkeit ausgenutzt! Diese Frau hat geschuftet und geschuftet, um alles unter einen Hut zu bringen, Familie und Beruf. Dass sie sich als Frau wohlfühlen darf, ist ihr ureigenes Recht und

dass sie Berater beschäftigt hat, geht alle einen Dreck an. Ihr seid schlimmer als im Mittelalter, wo die Vogtereie herrschte. Liechtenstein ist einfach zum Kotzen ...

Ursula Brigitta Oehri-Beerle,
Rofenbergstrasse 36, Eschen

**In eigener Sache
Hinweis zu Leser-
briefen und Foren**

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) zu respektieren. Wir bitten darum, uns die Leserbriefe - inklusive der vollen Anschrift des Unterzeichners - bis spätestens 16 Uhr zukommen zu lassen.

redaktion@volksblatt.li

rus: Olma-Messe in

Der Leserbrief vom 6. Juni erzeugt Reaktionen. (Faksimile: VB)

Repliken an Frau Oehri

**Extreme Meinung
und Einschätzung**

Ihre Meinungen, Wahrnehmungen und Einschätzungen sind extrem! Damit stehen Sie in Liechtenstein eher alleine da, oder denken Sie wirklich, dass sich die Mehrheit komplett geirrt hat, ziemlich sicher nicht.

Kurt Amrein,
Haldenstrasse 19, Triesen

**Sehr geehrte
Frau Oehri-Beerle,**

Ihren Leserbrief vom 6. Juni möchte ich nicht weiters kommentieren, nur Ihr letzter Satz, ich zitiere Sie

wörtlich «Liechtenstein ist einfach zum Kotzen ...», bewegt mich zur Frage an Sie: Warum lautet Ihre Adresse immer noch Rofenbergstrasse 36, Eschen?

Risch Wolfgang
An der Halde 40, Triesen

**Sehr geehrte
Frau Oehri,**

kann man den Tatsachen so wegsehen wie Sie? Die Staatsanwaltschaft wird den Grund kennen, um Anklage gegen die ehemalige Regierungsrätin zu erheben. Da es Ihnen anscheinend in unserem wunderschönen Land nicht gefällt, können Sie es gerne verlassen!

Bruno Hübschke,
Speckemahd 18, Mauren

**US-Proteste
Institutioneller
Rassismus**

Diese Geschichte dreht sich nicht um brennende Gebäude oder geplünderte Geschäfte. Vielmehr ist dies eine Geschichte über die kaltherzige Tötung eines Afroamerikaners durch Menschen, die behaupten, dass sie die Gemeinschaft beschützen. Eine Geschichte über die bewegte Vergangenheit der USA; über Unterdrückung und Gewalt. Eine Geschichte über die Erosion von demokratischen Normen und über die Festnahme eines schwarzen CNN-Journalisten im Livefernsehen, während sein weisser Kollege ein paar Blöcke weiter unbehelligt berichtete. Eine Geschichte über einen Präsidenten, der tödliche Gewalt gegen Protestanten befürwortete. Über ein System, das kaputt ist und nicht mit kleinen Reformen geflickt werden kann, sondern das unter dem Banner der Gleichheit neu aufgebaut werden muss.

Robin Schädler,
Stadel 16c, Balzers

**Auch in Liechtenstein?
Antisemitismus,
Rassismus und
Fremdenfeindlichkeit**

Diese Phänomene «haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen - auch bei uns.» So die Chefredaktorin der Liewo, Frau Stephanie Fleisch, im Editorial der Ausgabe vom 7. Juni 2020. Konsequenterweise findet sie dann auch: «Es ist höchste Zeit, dass auch wir uns dem Thema zuwenden und dem Hass

entgegenstellen...». Leider habe ich in der Liewo selber dann keine Informationen finden können, die diese starke Zunahme von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Liechtenstein in den vergangenen Jahren, veranschaulicht und belegt hätte. Nach meiner Ansicht wäre dies jedoch aus zwei Gründen wünschenswert bzw. notwendig gewesen.

Erstens ist es schlicht und ergreifend ein Merkmal von seriösem Journalismus derartige Aussagen mit entsprechendem, stichhaltigem Zahlenmaterial zu belegen. Insbesondere von einer Chefredaktorin darf man das wohl erwarten!? Man stellt eine derartige Aussage nicht einfach so in den Raum. Zumal das Wort «Aussage» die Sache ja eigentlich nicht trifft. Im Prinzip ist es ja vielmehr eine Anklage an die Gesellschaft.

Der zweite Grund ist eher persönlicher Natur und betrifft die simple Tatsache, dass mir die Zunahme dieser Phänomene in meinem persönlichen Umfeld nicht aufgefallen ist und mir auch niemand bekannt ist, der aus seinem Umfeld Gegenteiliges berichtet hätte. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass sich in den letzten Jahren Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens, anderer Hautfarben oder ausländischer Herkunft ganz allgemein, in der Öffentlichkeit über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, oder gar «Hass» und «Hetze» beklagt hätten; geschweige denn über eine starke Zunahme dieser unerfreulichen Phänomene. Deshalb dann auch meine Bitte an Frau Fleisch: «Bitte belegen Sie Ihre Aussage mit stichhaltigen Fakten.»

Hans Mechnig,
Tröxlegass 46, Schaan

**Erwachsenenbildung I
Zeitschriften- und
Allerlei-Sammler**

TRIESENBERG Ein alter Fensterladen als Blickfang: Unter fachkundiger Anleitung bereiten wir die Fensterläden vor und bemalen sie anschliessend mit Kalkfarbe im individuellen Lieblingsfarbton. Hierzu stehen neben verschiedenen Weisstönen auch Taupe, Zartrosa, Grau sowie viele weitere Farbtöne zur Auswahl. Auf Wunsch können die Teilnehmenden mit der Schablonentechnik ein Lieblingsmotiv aufbringen und Haken montieren. Der Kurs 2B23 unter der Leitung von Karin Gervasoni findet am Dienstag, den 23. Juni 2020, 18.30 bis 22.30 Uhr in der Primarschule, Werkraum, Triesenberg statt. Anmeldung und Auskunft bei der Stein Egerta (Telefonnummer: 232 48 22; E-Mail-Adresse: info@steinegerta.li). (pr)

**Erwachsenenbildung II
Wanderung im
Kraftort-Reich:
Eschnerberg**

SCELLENBERG Kulturausflug mit Dr. Andrea Fischbacher: Auf einem gemütlichen Rundweg von Burg zu Burg, vornehmlich durch den schattigen Wald des Eschenbergs, finden Sie unter kundiger Führung Orte der Kraft, erfahren viel Wissenswertes und erleben die alten Kräfte individuell. Auf der erholsamen Rundtour gewinnen Sie auch neues Know-how für Ihren Alltag. Der Kurs 6A01 unter der Leitung von Dr. Andrea Fischbacher findet am Samstag, den 22. August 2020, 10.30 bis 15.00 Uhr statt. Treffpunkt ist die Bushaltestelle Schellenberg-Hinterschloss. Anmeldung und Auskunft bei der Stein Egerta (Telefon: 232 48 22; E-Mail-Adresse: info@steinegerta.li). (pr)



Jahresgedächtnis

Die Erinnerung bewahren

- Erinnern Sie an liebe Menschen mit einem Jahresgedächtnis in Ihrem «Liechtensteiner Volksblatt».
- Wir helfen Ihnen gerne bei der Gestaltung nach unseren vorliegenden Richtlinien.
- Individuelle Texte sowie Farbfotos sind möglich.
- Setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung.

Wir beraten Sie gerne:

Liechtensteiner Volksblatt AG
Im alten Riet 103, 9494 Schaan
Telefon +423 237 51 51
www.volksblatt.li
inerate@volksblatt.li
volksblatt.li/todesanzeigen



Der Jünger / der es ge-
sehen / hat es bezeugt.
Er spricht die Wahrheit

Ein Gemälde von Ludwig Schnüriger, dem ehemaligen Pfarrer von Vaduz, gemalt im Jahr 1956, zu finden in der Friedhofskapelle Spiringen (Kanton Uri). (Foto: ZVG)

Kreativ durch die Krise: Die Zweiländermusikanten in Coronazeiten

Kultur Die Grenze zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz war wohl eine der wenigen, die auch in den letzten Monaten immer offen war. Und doch waren auch die Zweiländermusikanten (ZLM-Band) Mitte März pandemiebedingt plötzlich mit unüberwindlichen Hindernissen konfrontiert.

Das Coronavirus legte das Vereinsleben der ZLM-Band still. Bis auf Weiteres keine Proben. Und nach und nach wurden auch die meisten Auftritte und Veranstaltungen, die im Sommer 2020 hätten stattfinden sollen, abgesagt. Rosenwoche, Buchserfest, Slow-Up - erst wieder 2021. Doch duldsame Untätigkeit ist nicht das Ding der Band. Die Telefonleitungen zwischen den Mitgliedern der Vereinsleitung liefen heiss, unzählige E-Mails wurden getauscht. Es wurden Szenarien diskutiert, Pläne angepasst, Notprogramme erstellt. Was können, was dürfen wir wann wieder machen? Krisenzeiten fordern - und fördern kreative Ideen! Schweren Herzens fiel der Entschluss, das Jahreskonzert im November 2020 ausfallen zu lassen. Zu gross die Ungewissheit, ob und unter welchen Bedingungen dieser Anlass stattfinden hätte können. Doch auch das hat etwas für sich: so gewinnt die Band Zeit, in aller Ruhe für 2021 ein tolles Repertoire auf die Beine zu stellen.

Pläne für das erste Konzert

Und dann war das noch das Problem mit dem Geld: Der Verein finanziert sich grösstenteils über die Einnahmen aus Auftritten und Arbeitseinsätzen (z.B. am Slow-Up oder Oldtimertreffen in Vaduz). Um den Musikfluss nicht ganz in der Coronawüste versanden zu lassen, startet der Verein ein Crowdfundingprojekt. Auf der Lokalhelden-Plattform der Raiffeisen können hier Fans und Gönner den Verein finanziell unterstützen. Und dafür als Gegenleistung ein exklusives Merci erhalten. Im Angebot hat es neben Musik-CDs beispielsweise Originalschlagzeugfelle, die von der ganzen Band handsigniert wurden. Wer die Band kennenlernen möchte, kann sich einen Blick hinter



Die Coronakrise hat auch bei den Zweiländermusikanten Spuren hinterlassen. Umso grösser war die Freude bei der ersten Probe. (Foto:ZVG)

die Kulissen, bei einem Probebesuch, erspenden. Oder sich über handgestrickte Socken und selbst gemachte Badekugeln freuen. Die - auch abseits der Musik kreative Band möchte so mit ihren Fans in Kontakt bleiben, die heuer leider nur wenige Chancen haben, sie live zu erleben.

Nach über 3 Monate, in denen man nur alleine üben konnte, fand nun am 10. Juni die erste Probe wieder statt. Unter neuen Bedingungen. Abstand ist das Gebot der Stunde. Und kann erfreulicherweise bei circa 15 Bandmitgliedern gut eingehalten werden. Die Band arbeitet nun an

den Stücken, die bei den verbliebenen zwei Auftritten diesen Sommer aufgeführt werden sollen. Wer nach all den Monaten ohne Musikveranstaltungen Lust auf gepflegte Unterhaltungsmusik hat, ist herzlich eingeladen! Am 16. August in Rorschach direkt am See, oder am 30. August

auf Gamplüt. Es erwartet die Zuhörer ein breites Spektrum von Blasmusik, über Schlager und Oldies bis hin zum Bigbandsound. (pd)

Informationen zur Band, den Auftritten und das Crowdfunding findet man unter www.zlm.ch

LESERMEINUNGEN

Mobilität S-Bahn auf dem Prüfstand

Die Mobilität mit Wahlfreiheit des Verkehrsmittels ist für Liechtenstein von grosser Bedeutung. Dabei muss gut überlegt werden, wo Engpässe bestehen und wo Investitionen am effektivsten sind. In Liechtenstein findet kein Güterverlad auf die Bahn statt, und für den Personenverkehr wird die Bahn sehr wenig genutzt. Es stellt sich daher die berechnete Frage, ob der Personenverkehr der S-Bahn mit dem Linienbus der LIE-mobil auch bewerkstelligt werden könnte. Dieser Frage bin ich nachgegangen. Sie kann eindeutig mit ja beantwortet werden. An Werktagen fährt der Linienbus täglich 63-mal die Strecke von Buchs-Bahnhof nach Schaan-Bahnhof. Gelenkbusse haben eine Fahrgastkapazität von 135 Personen. Das ergibt eine theoretische Transportleistung von 8500 Personen pro Tag (63x135=8505). Effektiv aber fahren mit dem Linienbus von Buchs-Bahnhof nach Schaan-Bahnhof pro Werktag durchschnittlich jedoch nur 1048 Personen, inkl. Nachtbus. Somit sind täglich einige Tausend unbenutzte, freie Plätze in den Linienbussen von Buchs-Bahnhof nach Schaan-Bahnhof verfügbar. Mit der Eisenbahn fahren pro Werktag durchschnittlich lediglich 171 Personen von Buchs nach Schaan. Der Linienbus Buchs-Schaan hat mit den täglich 63 Fahrten mehr als genügend Kapazität, um die 171 S-Bahn-Fahrgäste mitzunehmen. Daraus ergibt sich die nächste Frage: Wozu wollen wir eine unwirtschaftliche S-Bahn? Die 71,3 Millionen mit dazu noch jährlich 2 Mio. Franken

Folgekosten können anderweitig wirtschaftlicher investiert werden. (Die erwähnten Fahrgastzahlen stammen aus der Zählung im Jahr 2018, Quelle LIEmobil)

Herbert Elkuch,
Landtagsabgeordneter der
Demokraten pro Liechtenstein (DpL)

Rassismusdebatte Hilfe, ein Mohrenkopf

Die Migros, Manor und Volg nehmen die Mohrenköpfe wegen ihres Namens aus den Regalen. So langsam wird es peinlich. Dummheit und Ignoranz scheinen sich virusartig auszubreiten. Man will sich nicht der Gefahr aussetzen, etwas mit Rassismus am Hut zu haben. Mohrenkopf soll neu Schokokuss oder Schaumkuss etc. heissen. Die Auswüchse dieser Dummheit gehen aber noch weiter. Eine Mohrenapotheke soll und darf es nicht mehr geben. Mohrenbräu um Himmels Willen. Wer trinkt denn noch Mohrenbräu? Wissen denn diese politisch korrekten Menschen überhaupt was ein Mohrenkopf ist? So weiss Pfr. Eberhard Geisler zu berichten, dass es sich beim Mohrenkopf ursprünglich um das Porträt des Heiligen Mauritius handelte. Mauritius, auch St. Maurice oder Moritz, abgekürzt Mohr, lebte im 3. Jahrhundert. Er war Anführer der Thebanischen Legion Roms und weigerte sich, Christen aufgrund ihres Glaubens zu töten. Die Römer richteten ihn aufgrund seiner Befehlsverweigerung hin. Mauritius war Afrikaner. Sein Standbild ziert den Magdeburger Dom im Wappen des Bistums München und Freising. Er ist als Schutz-

heiliger abgebildet. Mit dem Papst Benedikt XVI. ist er auch nach Rom gewandert. Auch galt der Mohr als Heilkundler und wurde zum Patron der Apotheker. Auch die Mohrenapotheken erinnern an den Afrikaner, der sich gegen die Christenverfolgung stellte. Der Mohrenkopf, als süßes Gebäck ist ihm ursprünglich gewidmet. «Political Correctness» treibt immer mehr sein Unwesen. Die Frankfurter Mohrenapotheke soll auf Betreiben der Kommunen ihren Namen ändern und man darf erwarten, dass linke Weltverbesserer, die ja sowieso das Christentum ablehnen, weitere Mohrenapotheken zwingen werden, ihren Namen zu ändern. «Rassismus» ein Begriff der heute vollkommen inflationär Verwendung findet. Es handelt sich beim Begriff um eine ganz bestimmte antiliberalen Ideologie mit einem neuen Weltbild, das Rasse neu als wichtigste treibende Kraft der Geschichte definiert, mit dem Ziel einen neuen Menschen zu schaffen. Einen Menschen, frei von Rasse, frei von Kapitalismus und frei von Individualität. Wir sind keine rassistische Gesellschaft. Wir leben in Zeiten massenhysterischer Wallungen. Das Bild des Rassismus in der Welt wird überdehnt, und lässt einem fast vergessen, dass es Zeiten gab, in denen ein wirklicher institutionalisierter Rassismus vorherrschte. Es wird uns nicht gelingen, den Menschen das Denken in Kategorien, schwarz, weiss, Mann, Frau etc. zu verbieten. Es wäre auch vermessen zu behaupten, dass es keinen Rassismus gibt, aber echte Rassisten sind eine kleine Minderheit.

Ulrich Hoch,
Grüschaweg 11, Triesenberg



Jahresgedächtnis

Die Erinnerung bewahren

- Erinnern Sie an liebe Menschen mit einem Jahresgedächtnis in Ihrem «Liechtensteiner Volksblatt».
- Wir helfen Ihnen gerne bei der Gestaltung nach unseren vorliegenden Richtlinien.
- Individuelle Texte sowie Farbfotos sind möglich.
- Setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung.

Wir beraten Sie gerne:

Liechtensteiner Volksblatt AG
Im alten Riet 103, 9494 Schaan
Telefon +423 237 51 51
www.volksblatt.li
inserate@volksblatt.li
volksblatt.li/todesanzeigen

Volksblatt
Die Tageszeitung für Liechtenstein

LESERMEINUNGEN

**Rassismus
Zum Begriff
Mohrenkopf**

In der Mohrenkopfdebatte sind nicht die verletzten Gewohnheitsrechte einiger Nichtbetroffener relevant, sondern die Menschenwürde von direkt Betroffenen. Sprache ist Macht und Stigmatisierung und Diskriminierung lassen sich nicht durch vermeintliche Traditionen schönreden. Höchste Zeit, dass solch belastende Begriffe aus der Welt geschafft werden.

Eva Frommelt-Mengou Tata,
Im Bartledura 2, Schaan

**Fakten
beschweigen**

Nicht, dass es mich überrascht hätte, dass uns Frau Fleisch die Belege für ihre Unterstellungen schuldig geblieben ist. Die eine oder andere Gesetzmässigkeit hat eben auch für sie und ihre Anhängerschaft ihre Gültigkeit. Wo nichts ist, gibt es auch nichts zu beweisen! Das hat nichts mit irgendwelchen «veralteten Stereotypen» zu tun und schon gar nicht mit dem hinterhältigen Unfug eines «systemischen Rassismus», wie in einem Leserbrief behauptet wurde. Dabei wird unterstellt, dass insbesondere die westlichen Gesellschaftssysteme (Ausgerechnet!? Und trotzdem wollen alle in diese Höllen, nach Europa und in die USA?) von Natur aus - also quasi zwangsläufig - rassistisch seien. Durch diese permanente Diskreditierung soll es zu einer Art Umkehr der Beweislast kommen. Diese liegt nun nicht mehr, wie in einem Rechtsstaat, der diesen Namen verdient, bei denen, die Antisemitismus, Rassismus, oder irgendwelche anderen Formen der Diskriminierung in den Raum stellen, sondern der unorganisierte Grossteil der Gesellschaft wird von diesen Leuten und ihren Vertretern in der Politik und in den Medien, nach Belieben vor sich hergetrieben und von einer Ecke in die nächste gejagt, wie eine Herde Schafe. Es entwickelt sich ein ungleiches Spiel, vielmehr ein Kampf, der nicht zu gewinnen ist. (Sofern man dumm genug ist, sich darauf einzulassen!) Wie also sieht es im Lande nun aus, bezüglich der von Frau Fleisch berichteten «starken Zunahme in den letzten Jahren» von Rassismus und den sonstigen Feindlichkeiten aller Art? Nehmen wir den Monitoringbericht 2018 des Liechtenstein-Institut zum Thema «Extremismus in Liechtenstein». Dort lautet das Fazit auf Seite 7: «Wie in den Jahren zuvor kann auch (...) 2018 (...) als ruhiges Jahr bezeichnet werden. Seit mehreren

Jahren sind (...) weder grössere Gewaltvorfälle noch strafrechtlich relevante Ereignisse mit extremistischem Hintergrund zu verzeichnen.» Nehmen wir den Jahresbericht 2019 der Landespolizei. Dort finden sich die Begriffe nicht einmal. Allenfalls zum Thema «Rechte Gewalt» (Weil «Rechts», normalerweise exklusiv zuständig für Sauerseen!) finden wir auf Seite 19: «Wie in den Jahren zuvor kann auch (...) 2019 (...) als ruhiges Jahr bezeichnet werden. Seit vielen Jahren sind (...) weder grössere Gewaltvorfälle noch strafrechtlich relevante Ereignisse mit rechtsextremem Hintergrund zu verzeichnen.» Das «Liechtensteiner Vaterland» erwähnt am 10. Juni 2020 auf Seite fünf, vier Verurteilungen im Zusammenhang mit Diskriminierung. Und zwar in einem Zeitraum von achteinhalb (!) Jahren! So viel zu den Fakten, die Frau Fleisch offensichtlich unbedingt beschweigen möchte!

Hans Mechnig,
Tröxlegass 46, 9494 Schaan

**Mobilitätskonzept 2030»
Gratis
Bus fahren**

Das wurde schon mehrmals von Bürgern gefordert. Die neueste Variante lesen wir im «Mobilitätskonzept 2030», in der eine Umfrage zitiert wird aus der hervorgeht, dass 57 Prozent der Befragten angeben, sie würden den öffentlichen Verkehr vermehrt nutzen, wenn er kostenlos wäre. Auch die Ausweitung der Schülerabos auf die Wochenenden wäre ein Entgegenkommen an die Familien und würde sicherlich die eine oder andere Freizeit-Autofahrt ersetzen. Es stellt sich schon längst die Frage, wieso wir in so einem kleinen Land für die Busverbindungen vier Verkehrszonen brauchen. Was ist das für ein Konzept? Um eine positive Resonanz zum Mobilitätskonzept zu bekommen, muss es auch eine Möglichkeit sein, gratis Busfahrten ins Gesamtkonzept zu integrieren. Die jährlichen Kosten von 3,5 Millionen Franken sollte uns das wert sein. Durch den Wegfall des Kassierens und der Kontrollen können die Wagenführer entlastet und die Fahrzeiten verkürzt werden, was allen Benützern nur Vorteile bringen würde. Doch was machen die Politiker, nebst dem Ausbau der S-Bahn für 71 Millionen? Alles, was nicht in ihre Vorstellung passt, wird als unnötig vom Tisch gewischt oder zur Abklärung in Kommissionen abgeschoben, damit sie dann in den Schubladen entsorgt werden können. Die neueste Variante lesen wir

ebenfalls im Mobilitätskonzept der Regierung. LIEmobil und ABI werden beauftragt, bis circa 2025 eine Studie zu erarbeiten, um die Effekte eines Verzichts auf ÖV-Tickets und die Nutzung des ÖV zu erheben. Die einjährige Versuchsphase, 1988 ein Jahr «Nulltarif», wurde innert kurzer Zeitspanne beerdigt und liegt mittlerweile über 30 Jahre zurück. Würden damals keine Untersuchungen vorgenommen? Mittlerweile wissen wir, dass die «sogenannten» Berater der Regierung - VCL, LGU, ja die LIEmobil selbst - sich gegen einen Gratis-Bus aussprechen. Warum, was sind die Beweggründe? Als Alternative zur vorgeschlagenen Studie sollte die Regierung mit Mut und Weitsicht (nicht Engstirnigkeit) vorgehen und ab 2021 Gratis-Bus in Liechtenstein einführen. Ende 2025 könnte dann die Auswertung dieses Versuches analysiert werden um die zukünftigen Weichen zu stellen. Auch für die Abstimmung vom 31. August über die 71 Millionen Franken wäre das ein Zeichen, dass die Politik nicht nur Grenzgänger und Pendler, sondern auch Kinder, Familien und Rentner auf dem Radar hat.

Franz Schädler,
Rossbodastrasse 27, Triesenberg

**Herr Schädler, Sie
haben den Nagel auf
den Kopf getroffen**

Herr Daniel Risch und seine selbstherrlichen Berater vom VCL und LGU sollen sich in den Hauptverkehrszeiten am Morgen und spätnachmittags je vier Stunden an die Schaanwälder Haltestelle setzen wie ich, dann würden Sie, Herr Risch, und die anderen Wichtigen bald anderer Ansichten und Meinungen sein. Dieses S-Bahn-Projekt ist eine Steuergeldvernichtung für 98 Personen am Tag, die hin und her fahren. Nicht alle haben ein eigenes Fahrzeug. Ja, Herr Risch, wollen Sie sich auch ein Denkmal setzen mit der S-Bahn? Vielleicht treten Sie vernünftigerweise 2021 auch wie Herr Pedrazzini (Landesspital) zurück! Jeder gesund denkende vernünftige Liechtensteiner Bürger sieht das auch so, diese 71 Millionen Franken können für zielführende Projekte eingesetzt werden.

Wolfgang Leo Krenn,
Vorarlbergerstrasse 45, Schaanwald

**Zum
Nachdenken**

Und wieder ist es so weit, um Geld für ein noch nicht ganz ausgereiftes

Projekt zu verpulvern. Bald sind Landtagswahlen, da muss man schon einiges bieten können. Die momentane Geldverschwendung gibt zum Denken. Woher kommt plötzlich all das Geld? Warum wird nicht endlich in die AHV investiert, damit es auch Rentnern besser geht? Traurig, aber wahr! Es gäbe im Lande genug anderes zu bereinigen. Es ist in letzter Zeit viel geschehen und deshalb umso unverständlicher, warum das Geld so locker gemacht wird. Wie wäre es, wenn die Regierung das versprochene Geld an Unternehmer ausbezahlen würde, die noch nichts davon abbekommen haben? Gescheiter wäre, das Projekt S-Bahn gut ausreifen zu lassen und nicht wieder mit Sturheit vorzugehen. Ein Ja zu verlangen ist zum jetzigen Zeitpunkt falsch. Zukunftsorientiert ist gut und recht. Will danach die Regierung verbieten, mit dem eigenen Auto zur Arbeit zu fahren? Es wird gesagt, dass der «Bummelzug» i.e. Arbeiterzug von Feldkirch nach Schaan-Buchs kaum ausgenutzt ist. Wie früher Gemeinschaftsfahrten scheint auch das schwierig zu sein, da die Leute gerne unabhängig sind. Busfahrten von den grossen Unternehmern ist anscheinend auch ein schwieriges Thema und offenbar uninteressant. Wer profitiert davon? Wo fehlt am Schluss das Geld? Zum Nachdenken ...

Silvia Ritter,
Rennhofstrasse 39, Mauren

**In eigener Sache
Hinweis zu Leser-
briefen und Foren**

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) zu respektieren. Die Redaktion behält es sich in jedem Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren und kann darüber keine Korrespondenz führen. Wir bitten darum, uns die Leserbriefe - inklusive der vollen Anschrift des Unterzeichners - bis spätestens 16 Uhr zu kommen zu lassen. Für die Rubrik «Forum» gilt, die 3000-Zeichen-Marke nicht zu überschreiten.

redaktion@volksblatt.li

**Renovation
Pfarrer erhält
neue Möbel**

RUGGELL Mit der Neuanschaffung von Pfarrer Marius Simiganovschi sollen im Pfarrhaus in Ruggell einige Renovationsarbeiten durchgeführt werden. Die Bauverwaltung hat im Beisein des neuen Pfarrers die Räumlichkeiten des Hauses besichtigt, wie es im Gemeinderatsprotokoll heisst, und die notwendigen Offerten eingeholt. Die Renovationsarbeiten beinhalten demnach verschiedene Malerarbeiten, teilweise die Erneuerung der Beleuchtung, neue Sanitärapparate, Fugenerneuerung im Sanitärbereich und Behebung der Schäden an Bodenplatten. Weiters müssen diverse Schränke und die Küchenkombination, die seit 1985 besteht, neu eingestellt werden. In den Gästezimmern (im Dachgeschoss) werden die Spannteppiche durch einen Laminat ersetzt. Im Büro des Pfarrers (im Erdgeschoss) sollen auch die alten Möbel ersetzt werden. Die Renovationsarbeiten sollen bis Mitte Juli 2020 durchgeführt werden und insgesamt rund 36 000 Franken kosten. Aufgrund des schon in die Jahre gekommenen Pfarrhauses werden, in noch nicht absehbarer Zeit, grössere Renovationen anstehen, heisst es weiter im Gemeinderatsprotokoll. Die Renovation 2012 und 2020 würden nur das Nötigste beinhalten. (sb)

**Jahresrechnung
Saftiger Gewinn
erwirtschaftet**

RUGGELL Die Erfolgsrechnung 2019 der Gemeinde Ruggell schliesst mit einem Gewinn von rund drei Millionen Franken ab. Gegenüber dem Voranschlag seien die betrieblichen Erträge um 840 000 Franken gestiegen sowie der betriebliche Aufwand inkl. Abschreibung um rund eine Million Franken tiefer ausgefallen wie budgetiert, heisst es im Gemeinderatsprotokoll. Die Nettoinvestitionen betragen im vergangenen Jahr rund vier Millionen Franken. Die grössten Posten bildeten etwa die Erweiterung der Spielfelder und Plätze im Freizeitpark Widau um rund 1,5 Millionen Franken oder die 3. Etappe der Erschliessung Wuerle mit rund 1,1 Millionen Franken. Durch den Jahresgewinn erhöht sich das Eigenkapital der Gemeinde auf rund 63,2 Millionen Franken. (sb)

**172 Unterschriften Schellenberg stimmt über Mobilfunkantenne ab**

Schellenberg Die Stimmbürger von Schellenberg müssen entscheiden, ob in ihrer Gemeinde eine Mobilfunkantenne gebaut werden soll. Das Referendum gegen den entsprechenden Gemeinderatsbeschluss ist zustande gekommen. Insgesamt wurden von den Initianten Urs Elkuch (Mitte) und Ralph Öhri (rechts) 172 gültige Unterschriften an Vorsteher Norman Wohlwend übergeben. Wohlwend wird nun den Abstimmungstermin 30. August 2020 beantragen, wie er auf «Volksblatt»-Anfrage mitteilte. Festgelegt wird der Termin vom Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung. (Foto: M. Zanghellini)



Der Engel des Herrn
brachte Maria die Botschaft
und sie empfing vom Heiligen Geist

Mit schönen, unvergesslichen Erinnerungen nehmen wir Abschied von meiner lieben Frau, unserer Mama und Ahna

Margrit Bürzle

22. Oktober 1942 - 13. Juni 2020

Wir sind dankbar für die gemeinsame Zeit, die wir mit dir verbringen durften.

Wir behalten dich in unseren Herzen.

In Liebe

Martin

Andrea und Peter mit Nicole, Iris und Martin

Martin und Veronika mit Elias, Franziska, Vincent und Samuel

Stefan und Bettina mit Fabienne und Tobias

Karin und Markus mit Luca und Sina

Wir verabschieden uns am Freitag, den 19. Juni 2020, um 10 Uhr bei der Friedhofskapelle Balzers von Margrit. Die Urnenbeisetzung erfolgt anschliessend.

Wir bitten, anstelle von Kranz- und Blumenspenden die Krebshilfe Liechtenstein, IBAN LI98 0880 0000 0239 3221 I, Vermerk: Margrit Bürzle, zu unterstützen.

Traueradresse: Martin Bürzle, Unterm Stein 19, 9496 Balzers

3 Religionsunterricht meist am Nachmittag
Kommt das Fach in der Gestaltung des Stundenplans zu kurz?

7 Mehr Personal wegen zusätzlicher Klinik
Die Anzahl der Betten blieb 2019 hingegen verhältnismässig tief.

13 Nach Kleinstaatenspiele-Absage Volleyball erst wieder 2025
Fünf Jahre Zeit für den geplanten Neuaufbau



Volksblatt

MIT KUNDMACHUNGEN



Freitag, 19. Juni 2020
143. Jahrgang Nr. 113

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Heute

Fussball Neustart für den FCV in der Challenge League

Nach fast viermonatiger Pause nimmt die Challenge League den Spielbetrieb der Saison 2019/20 wieder auf. Der FC Vaduz, derzeit auf Tabellenplatz 2, bekommt es zum Neustart mit dem FC Winterthur (20.30 Uhr) zu tun und will mit einem Dreier optimal in die letzten 13 Spiele starten. Da nur eine begrenzte Zahl an Fans ins Stadion darf, wird das Spiel auf «www.sfl.ch» im Live-stream übertragen. **Seite 15**

Hintergrund «Massnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung von Covid-19 haben in den grossen Ölförderländern akute wirtschaftliche Schmerzen verursacht, da der Zusammenbruch der Wirtschaftstätigkeit die Nachfrage nach Energie unterdrückt hat»: Gastkommentar der GIS-Expertin Carole Nakhle. **Seite 9**

Ausland Es sollte ein Zeichen der Stärke sein – und wurde zum genauen Gegenteil. Der Auftritt vor einer Kirche in Washington wird womöglich das Vermächtnis des US-Präsidenten prägen. **Seite 10**

Sport Auch nach der Veröffentlichung des ausgearbeiteten Tennis-Turnierkalenders bis Anfang Oktober gibt es für den Neustart doch noch viele offene Fragen. Noch ist unklar, an welchen grossen Turnieren die Topspieler dieser Welt dabei sein werden. **Seite 14**

Zitat des Tages

«Aber leider gibt es wahrscheinlich ein wenig. Ich würde auch sagen, dass es wesentlich weniger ist als früher.»

DONALD TRUMP
DER US-PRÄSIDENT HAT EINGERÄUMT, DASS ES SYSTEMATISCHEN RASSISMUS IN DEN USA GIBT.

Wetter Mix aus Wolken, Sonne und ein paar Schauern und Gewittern. **Seite 18** **12° 20°**

Inhalt

Inland 2-7 **Kultur** 17
Ausland 10 **Kino/Wetter** 18
Wirtschaft 11+12 **TV** 19
Sport 13-16 **Panorama** 20

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verbund Südostschweiz



Auch Liechtenstein wird vom Alltagsrassismus nicht verschont

Rassismus Wie die aktuelle Integrationsstudie zeigt, fühlen sich viele Menschen mit Migrationshintergrund in der liechtensteinischen Gesellschaft teils ausgegrenzt. Auch Ntumba Adao Beck hat seit ihrer Kindheit mit Rassismus zu kämpfen.

VON ALMA MUHAMEDAGIC

Eigentlich könnte man erwarten, dass Diskriminierung und Rassismus im kleinen und eng vernetzten Fürstentum keinen Platz finden würden. Dass dem nicht so ist, zeigt die aktuelle Studie «Integration in Liechtenstein» (das «Volksblatt» berichtete am 17. Juni). Die darin befragten Zuwanderer würden gerne dazugehören, sehen sich jedoch immer wieder mit Formen von Alltagsrassismus konfrontiert. Zu diesen alltäglichen Konfrontationen gehören unter anderem nur Blicke, die

sich auf sie richten. Auch wenn der Bus befüllt mit Passagieren ist, stehen die Leute lieber, als sich neben jemanden zu setzen, der einen etwas dunkleren Hautton hat als man selbst. Wenn man dann noch in diesem vollen Bus die Grenze überquert und der Zollbeamte nur die Frau im Kopftuch kontrolliert, dann fällt das auch unter Rassismus. «Egal was man macht, man ist immer der andere», fasst ein dunkelhäutiger Studienteilnehmer dieses Gefühl zusammen. Selbst Einwohner der zweiten Einwanderergeneration oder Eingebürgerte sind wiederholt mit

der Frage, woher sie denn kommen, konfrontiert. Auch der untypische Nachname im Pass könne sofort die Reaktion «Ah, du bist eine Ausländerin» auslösen.

Rassismus als Kind kennengelernt

Wenn man aber nicht dem typisch aussehenden Liechtensteiner entspricht, hilft auch ein bekannter liechtensteinischer Nachname nicht viel, wie Ntumba Adao Beck in jungen Jahren erfahren musste. Die heute 21-Jährige wird aufgrund ihrer Hautfarbe von Kindesbeinen an anders behandelt und hatte mit Rassis-

mus zu kämpfen. Schon seit Jahren verarbeitet Beck das Thema Rassismus in den sozialen Medien, oft hatte sie aber das Gefühl, nicht gehört zu werden. Gemeinsam mit dem Aha hat sie ein Video gemacht, indem sie ebenfalls ihre Erlebnisse schildert und erklärt, wie sie am besten damit umgeht. Im Interview mit dem «Volksblatt» sprach sie erneut über ihre Erfahrungen, die aktuellen Ereignisse und Möglichkeiten, gegen Rassismus anzukämpfen. Denn jeder Einzelne könne etwas gegen Rassismus unternehmen. **Seite 5**



Heute Eröffnung Altstoffsammelstelle nimmt Betrieb auf

Die neue auffällige Überdachung ist fertig und somit kann die Altstoffsammelstelle in Schaan am ursprünglichen Ort beim Werkhof erstmals wieder ihre Türen öffnen. «Nachhaltig, nutzerfreundlich und ästhetisch präsentiert sich die neue Altstoffsammelstelle, die heute um 13.30 Uhr die Tore öffnet», sagte Schaans Vorsteher Daniel Hilti gestern gegenüber dem «Volksblatt». (Foto: Zanghellini)

Klarer Tipp Parlament ruft zu Ferien in der Schweiz auf

BERN 204 Parlamentsmitglieder haben parteiübergreifend zum Ende der Session am Donnerstag in Bern die Bevölkerung aufgerufen, den Sommer in der Schweiz zu verbringen. «Immer unter Einhaltung der Hygiene- und Verhaltensregeln», heisst es mit Fingerzeig auf das Coronavirus.

Momente der Ruhe geniessen

«Liebe Bewohnerinnen und Bewohner unserer einzigartigen Schweiz, in den letzten Monaten befanden wir uns alle im Krisenmodus», sprechen mehr als drei Viertel aller Parlamentsmitglieder aus National- und Ständerat die gut 8,6 Millionen Menschen im Land an. Und weiter: «Mit dem Sommerbeginn freuen wir uns nun auf ein paar Momente der Ruhe in sicherer Umgebung. Lassen Sie uns diesen Sommer einige der ver-

borgenen Schätze unseres Landes entdecken oder wiederentdecken!» Der Steilpass für die Tourismusbranche wurde dankbar aufgenommen. «Es freut uns, dass so viele Parlamentarier sich bereit erklärt haben, spontan diesen Aufruf zu unterstützen und die Schweiz im Sommer neu entdecken wollen», wird Nicolo Paganini, St. Galler CVP-Nationalrat und Präsident des Schweizer Tourismusverbandes (STV), auf dessen Website zitiert. Die gelebte Solidarität sei eine Ermutigung für Schweizer Destinationen und Leistungsträger und zeige, dass der Tourismus ein gelebter Teil Schweizer Identität sei, so Paganini. Um das Vertrauen der Gäste in die Schweiz als sicheres und sauberes Reiseland zu stärken, hätten die Tourismusbranchenverbände deshalb Ende Mai das «Clean & Safe»-Label ins Leben gerufen. (sda/red)

In UN-Sicherheitsrat

Fünf neue Mitglieder gewählt

NEW YORK Die Kampagnen um einen der Sitze dauern oft Jahre und kosten viel Geld, aber seit Donnerstag stehen die fünf Länder fest, die in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einziehen: Von Januar an werden Indien, Irland, Kenia, Mexiko und Norwegen für zwei Jahre Teil des Gremiums sein, das als einziges rechtlich bindende Resolutionen für die 193 UN-Mitgliedsstaaten beschliessen und beispielsweise auch Militär entsenden kann. Als letztes Land nahm am Donnerstag Kenia diese Hürde. Der ostafrikanische Staat hatte tags zuvor bei der Abstimmung in New York im ersten Wahlgang mit 113 Stimmen die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit verfehlt. Am Donnerstag sprachen sich dann 129 Länder für Kenia aus, eines mehr als nötig. (sda/dpa)

Letzte Schwester von JFK

Jean Kennedy Smith gestorben

NEW YORK Die letzte Schwester des früheren US-Präsidenten John F. Kennedy ist tot. Jean Kennedy Smith ist am Mittwoch im Alter von 92 Jahren gestorben, bestätigte ihre Tochter Amanda Hood der Deutschen Presse-Agentur. Angaben zur Todesursache gab es zunächst keine. Jean Kennedy Smith wurde 1928 in Boston geboren und war das Zweitjüngste von neun Kindern der Familie. Von 1993 bis 1998 arbeitete sie fünf Jahre lang unter Bill Clinton als US-Botschafterin in Irland und wurde dort zu einer prominenten Figur im Friedensprozess in Nordirland, wo sie Vertreter der zerstrittenen Katholiken und Protestanten zusammenbrachte. Die im Vergleich zu ihren Brüdern eher zurückgezogen lebende Kennedy Smith war ausserdem für ihre Wohltätigkeitsarbeit bekannt. (sda/dpa)

Ntumba Adao Beck: «Wir müssen lauter werden und Leuten eine Plattform bieten»

Interview Ntumba Adao Beck ist 21 Jahre alt und Liechtensteinerin. Sie erklärt im Gespräch mit dem «Volksblatt», wie sie Rassismus hierzulande erlebt. Zudem zeigt sie Möglichkeiten auf, was jeder Einzelne unternehmen kann, um gegen Rassismus anzukämpfen.

VON ALMA MUHAMEDAGIC

«Volksblatt»: Wie erleben Sie Rassismus bei uns im Land?
Ntumba Adao Beck: Rassismus ist hierzulande stark vertreten. Ich meine, klare, polizeiliche Gewalt gibt es bei uns nicht so wie in anderen Ländern. Aber Rassismus ist für jeden, der es erlebt, gleich schlimm. Als Beispiel nenne ich mal die Fasnacht: Eine Fasnachtgruppe hat sich eines Jahres schwarz angemalt und afroamerikanische Perücken getragen. Das fällt unter rassistische Handlungen. Auch das N-Wort wird oft benutzt, ohne dass man überhaupt daran denkt, welche Folgen dies haben könnte. Ich finde, vor allem dieser Ausdruck ist im Fürstentum noch stark vertreten. Und die Benutzung dieses Wortes gehört ja leider schon zum Alltagsrassismus. Ich habe auch schon Erfahrungen mit der Kriminalpolizei gemacht. Die haben eines Tages bei mir zu Hause geklingelt und meinten, ich würde einer Frau in einem Video ähnlich sehen. Also nur weil ich dieselbe Hautfarbe und dieselbe lockige Frisur wie diese Frau habe, muss die Kriminalpolizei vor meinem Haus stehen?

Was gehört für Sie zum Alltagsrassismus?

Am häufigsten sind es die Witze über schwarze Menschen. Wenn ich zu einer Gruppe dazu stosse und jemand fängt mit solchen Witzen an, frage ich mich, ob ich etwas Falsches gemacht habe. Ich kann das nicht nachvollziehen, dass man solche Witze reist. Denn witzig ist es für mich ganz sicher nicht. Was ich auch oft bemerke, sind die Blicke im Bus. Wenn ich einsteige, werde ich von oben bis unten gemustert und schon halten die Passagiere an ihren Taschen fest, weil sie sich denken, dass ich bestimmt klaue. Dasselbe passiert mir in den Einkaufsläden: Ich werde oft kontrolliert, ob ich was eingesteckt habe. Das sind eben Vorurteile, die man gegenüber «People of Colour» hat. Meine Mutter ist weiss und gebürtige Liechtensteinerin. Aber wenn ich mit meiner Mutter unterwegs bin, starren uns viele Menschen an. Oft fragen sie, ist das deine Tochter? Hast du sie adoptiert? Sie reagiert dann immer mit: «Ich habe sie im Migros zwischen den Orangen gefunden.» Irgendwann muss man eben provozieren, sonst verstehen es die Leute nie.

Was könnte Leuten helfen, Rassismus zu verstehen?

Es gibt sehr viele gute Bücher - auch deutschsprachige. «Exit RACISM:



Ntumba Adao Beck wünscht sich, dass junge Erwachsene wie sie eine Plattform bekommen, um sich offen über Rassismus austauschen zu können. (Foto: Paul Trummer)

Rassismuskritisch denken lernen» ist ein sehr gutes Buch, um vor allem etwas über die Geschichte von Rassismus zu lernen. Zudem werden Wege gezeigt, wie man sich mit dem Thema aktiv auseinandersetzen kann. Es reicht schon, wenn man sich etwas mehr mit der ganzen Thematik befasst. Denn so denkt man auch über seine eigene Denkweise nach und ich finde, dass wäre für viele ein guter Anfang.

«Black Lives Matter»-Demonstrationen finden ja nicht nur in Amerika statt, sondern weltweit. Wie haben Sie die Proteste erlebt?

Ich war vor einigen Wochen an einer Solidaritätskundgebung in Bregenz. Das war keine Demonstration, sondern eben eine Plattform, auf der junge Erwachsene sprechen konnten - und sie wurden auch gehört. Einige haben über ihre persönlichen Erfahrungen gesprochen, andere wiederum haben aufgeklärt, was wir alle gemeinsam unternehmen können, um das Thema Rassismus ein für alle Mal zu stoppen. In Zürich war ich vergangenen Samstag an einer Demonstration und es war unglaublich, wie viele Menschen da zu-

sammengekommen sind. Für mich ist es natürlich sehr emotional. Ich habe das Gefühl, dass wir jetzt endlich gehört werden. Ich versuche seit Jahren, auf den sozialen Medien das Thema anzusprechen und darüber zu reden, aber viele ignorierten es. Und heute ist es umgekehrt: Leute schreiben mir, wo sie mithelfen können, und versuchen, in den sozialen Medien auch stärker dieses Thema aufzugreifen.

Ist für Sie persönlich Rassismus heute schlimmer im Vergleich zu früher?

«Warum bist du nicht in der Nazizeit geboren, dann wärst du jetzt nicht auf dieser Welt», war die schlimmste Aussage, die ich mir anhören musste. Aber als ich noch kleiner war, gab es mehr solcher Vorfälle. Ich wurde in der Primarschule gemobbt und zum Teil auch getreten. Meine Mutter hat ausserdem Drohbriefe erhalten und oft hatte ich Angst, überhaupt aus dem Haus zu gehen. Was ist das für eine Kindheit, wenn man Angst hat, nach der Schule nach Hause zu laufen oder am Nachmittag mit den Freunden noch etwas zu unternehmen?

Denken Sie, dass es heute genau so schlimm ist für Kinder?

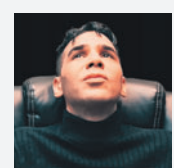
Ich denke nicht, dass Kinder heute so aufwachsen und erzogen werden, wie damals, als ich noch jung war. Ich war früher das einzige dunkelhäutige Mädchen in der Schule. Aber Kinder merken eben, wenn jemand anders ist und schliessen dann jemanden schnell aus. Ich merke es bei der Tochter von meiner «Gotta». Wenn sie vom Kindergarten nach Hause kommt, meint sie immer, wie gerne sie doch glatte und blonde Haare hätte. Sie fragt sich dann auch, wieso bin ich nicht wie die anderen? Da komme ich schon ins Grübeln, was denn im Kindergarten passiert, dass sie so eine Denkweise hat. Oft merkt sie auch, dass Barbiepuppen nicht so aussehen wie sie. Es gibt auch nicht so viele Disneycharaktere, die so aussehen wie sie.

Was wäre der erste Schritt hierzulande, um etwas verändern zu können?

Ich finde, im Fürstentum sollte das ganze Thema viel präsenter sein. In Bregenz gab es eine Solidaritätskundgebung, in Zürich eine Demonstration und wir hierzulande

bleiben ruhig. Ich habe gemeinsam mit anderen jungen Erwachsenen aus Liechtenstein, die ebenfalls Rassismus erleben, eine Gruppe gegründet. Wir haben bei der Regierung angefragt, ob wir eine Demonstration durchführen dürfen. Die waren von der Idee aber nicht so begeistert. Wir müssen hier einfach lauter werden und Leuten eine Plattform bieten. Denn nur so kann offen über die Problematik gesprochen werden.

Walser veröffentlicht Videobotschaft



In einer sehr persönlichen Videobotschaft hat sich Al Walser (Foto) zum aktuellen Thema der Rassenkonflikte und zu seinen Erlebnissen in Liechtenstein zu Wort gemeldet. Als Hauptbotschaft in seinem knapp 40-minütigen Beitrag sieht der Musiker vor allem Eltern und Schulen in der Pflicht, die Kinder für das Thema zu sensibilisieren. Al Walsers Video ist auf www.volksblatt.li zu finden. (hm)

Volksblatt
Gläubigeraufrufe

ARDO FAMILIENANSTALT, Vaduz
 Auf Grund des Beschlusses des Verwaltungsrates vom 9. 6. 2020 ist die Auflösung der ARDO FAMILIENANSTALT mit sofortiger Wirkung beschlossen.
 Allfällige Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche unverzüglich anzumelden.
 Der Liquidator

GC Corporate Directors Ltd.
 Company No. 1667408
 (in freiwilliger Liquidation)
 Gemäss Art. 204(1)(b) des BVI Business Companies Act, 2004, wird bekannt gegeben, dass sich **GC Corporate Directors Ltd., BVI**, in freiwilliger Liquidation befindet. Die freiwillige Liquidation ist am 8. 6. 2020 eingetreten und als einziger Liquidator ist Sebastian Kerber, Marktgäss 11, 9490 Vaduz, Liechtenstein, bestimmt worden.
 Datiert am 8. 6. 2020
 Sebastian Kerber
 freiwilliger Liquidator

Sogetrade Societe Anonyme, Vaduz
 Laut Beschluss der ausserordentlichen Generalversammlung der Aktionäre vom 16. 6. 2020 ist die Firma in Liquidation getreten. Allfällige Gläubiger werden aufgefordert ihre Ansprüche unverzüglich beim Liquidator anzumelden
 Triesen, 16. 6. 2020
 Der Liquidator

NZL Holding Establishment, Vaduz
 Mit Beschluss des Inhabers der Gründerrechte vom 26. 5. 2020 ist die Gesellschaft in Liquidation getreten.
 Allfällige Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche unverzüglich beim Liquidator anzumelden.
 Der Liquidator

EnergyBalance AG, Ruggell
 Gemäss Beschluss der ausserordentlichen Generalversammlung vom 3. 6. 2020 wird der Sitz in die Schweiz verlegt. Allfällige Gläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche inner 2 Monaten beim Verwaltungsrat anzumelden. Die Gläubiger werden hiermit auf ihr Recht auf Sicherstellung ihrer Forderung gem. Art. 234 Abs. 4 PGR hingewiesen.
 Der Liquidator

Kamber Holding Anstalt mit Sitz in Eschen
 Lt. Beschluss der Inhaberin der Gründerrechte vom 12. 6. 2020 ist die Gesellschaft in Liquidation getreten.
 Allfällige Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche unverzüglich beim Liquidator anzumelden.
 Vaduz, 12. 6. 2020
 Der Liquidator

NST Trade AG, Schaan
 Die Gesellschaft ist am 8. 6. 2020 in Liquidation getreten.
 Allfällige Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche sofort beim Liquidator anzumelden.
 Der Liquidator

PrimeConcept GmbH, Triesen
 Aufgrund des Beschlusses des obersten Organs vom 15. 6. 2020 ist die Gesellschaft in Liquidation getreten. Der Liquidationsbeschluss ist im Handelsregister eingetragen. Allfällige Gläubiger der Gesellschaft werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche beim Liquidator anzumelden.
 Triesen, 15. 6. 2020
 Der Liquidator

Mayland Investment Establishment
 (In Liquidation)
 Die Anstalt wurde mit Beschluss des obersten Organs 5. 6. 2020 aufgelöst und befindet sich in Liquidation.
 Allfällige Gläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre eventuellen Forderungen unverzüglich beim Liquidator zu melden.
 Der Liquidator

Studie über Cyber-Sicherheit in Liechtenstein

Nachgefragt Jedes zweite Unternehmen in Liechtenstein ist bereits Opfer eines Cyber-Angriffs geworden. Eine neue Studie der Universität Liechtenstein im Auftrag von digital-liechtenstein.li sieht hierbei ein hohes Risiko für den Wirtschaftsstandort. Staat und Wirtschaft seien gefordert, die Prävention zu verbessern.

Cyber-Sicherheit gilt als unerlässliche Voraussetzung für den Erfolg der digitalen Transformation, wie digital-liechtenstein.li am Freitag mitteilte. Dies betreffe sowohl Grossunternehmen als auch KMU. Vor diesem Hintergrund hat die Standortinitiative digital-liechtenstein.li eine Studie in Auftrag gegeben, um die aktuelle Lage der Cyber-Sicherheit für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein einzuschätzen. Die Studie wurde vom Institut für Wirtschaftsinformatik an der Universität Liechtenstein unter der Federführung von Professor Pavel Laskov gemeinsam mit Studierenden erarbeitet und basiert auf einer repräsentativen Online-Umfrage bei über 100 Unternehmen sowie verschiedenen Verwaltungsstellen in Liechtenstein.

Hohe Trefferquote

«Die Resultate sind eindeutig», heisst es in der Mitteilung. «Eine grosse Mehrheit der Befragten sieht ein hohes Risiko für Unternehmen in Liechtenstein, Opfer eines Cyber-Angriffs zu werden.» Diese Erkenntnis werde auch von den Statistiken zu Sicherheitsvorfällen belegt. Jedes zweite Unternehmen berichtete über Sicherheitsvorfälle, bei grossen Unternehmen liegt die Trefferquote gar bei 100 Prozent. «Nachdem die Umfrage nur bekannte Vorfälle erfassen kann und die Dunkelziffer hoch ist, ist die tatsächliche Anzahl der betroffenen Unternehmen womöglich deutlich höher», so digital-liechtenstein.li. Unterschiede zeigten sich in der Risikowahrnehmung nach der Grösse des Unternehmens. Je kleiner das Unternehmen, desto geringer sei die Einschätzung des eigenen Sicherheitsrisikos, was laut den Studienautoren eine gefährliche Entwicklung ist. Ob risikobewusst oder nicht, Liechtensteiner Unternehmen sind jedenfalls nicht tatenlos, heisst es in der Studie. Entscheidend für eine erfolgreiche Abwehr der Cyber-Angriffe



Vertreter von digital-liechtenstein.li haben die Ergebnisse der Studie mit Erbprinz Alois diskutiert. (Foto: ZVG)

sei nicht immer umfassendes technisches Know-how. «Vielmehr zählen dazu grundsätzliche Vorkehrungen, wie die Erarbeitung eines Sicherheitskonzepts, die Benennung eines Sicherheitsbeauftragten, die adäquate rollenbasierte Zugriffskontrolle sowie der Einsatz von gängigen technischen Instrumenten wie Datensicherung, Firewalls und Phishing-Schutz», so die Mitteilung. «Alle diese Massnahmen sind bei einem hohen Anteil der befragten Unternehmen bereits umgesetzt.»

Private Geräte im Berufsumfeld

Die Studie geht auch auf das aktuelle Thema Verschmelzung von Arbeitswelt und Privatleben ein, wodurch private Geräte immer häufiger auch im beruflichen Umfeld eingesetzt werden. Bereits heute berichtet rund die Hälfte der befragten Unternehmen, dass sie eine Nutzung privater Geräte zulassen. «Gerade im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie haben wir einmal mehr die Verwendbarkeit der digitalen Welt gesehen, seien es Angriffe gegen Videokonferenzsysteme, tagesaktuelle Phishing-Angriffe oder Fake-Pharmacy-Sites. Die Vorteile der

Digitalisierung gibt es daher nicht ohne entsprechende Sicherheitskonzepte», sagt Professor Jan vom Brocke, Leiter des Instituts für Wirtschaftsinformatik. Dem Stellenwert von Sicherheitskonzepten sollte daher in Zukunft deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Als weitere wesentliche Baustelle wird die Verwendung von Zwei-Faktor-Authentifizierung genannt. Aktuell setzen weniger als 40 Prozent

der Unternehmen diese grundlegende Massnahme für den Zugriff auf sensitive Daten um. Angesichts der steigenden Risiken durch entworfene Passwörter ist dieser Wert laut der Studie eindeutig zu gering. Empfohlen wird daher der stärkere Einbezug von Expertenempfehlungen. Das Outsourcing beispielsweise von IT-Sicherheitsdiensten würden aktuell am häufigsten die mittleren Unternehmen nutzen, wobei insbeson-

dere Kleinstunternehmen - ein finanziell tragbares Angebot vorausgesetzt - davon zweifellos noch mehr profitieren können.

Auch der Staat könne einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Cyber-Sicherheit in Liechtenstein leisten. Laut Studie befürworten über 70 Prozent der Befragten die Ausarbeitung einer nationalen Strategie zur Abwehr von Cyber-Angriffen sowie den Aufbau einer Anlaufstelle für Fragen und Probleme zum Thema Cyber-Sicherheit. Diese beiden Massnahmen würden eine Weiterentwicklung von Fachkompetenzen in der Cyber-Sicherheit spürbar beschleunigen. Auch Aus- und Weiterbildungen sind gefragt, denn die Nachfrage an Fachkompetenzen werde deutlich steigen. 75 Prozent der Unternehmen geben an, sich in den kommenden zwei Jahren aktiv mit dem Ausbau der Cyber-Sicherheit zu beschäftigen.

Wichtige Impulse für Liechtenstein

Die Beteiligten konnten die Ergebnisse der Studie auf Schloss Vaduz präsentieren und gemeinsam mit Erbprinz Alois diskutieren. Lothar Ritter, Boardpräsident von digital-liechtenstein.li: «Die Ergebnisse der Studie sollen zur Sensibilisierung von Politik und Wirtschaft beitragen. Es freut uns, dass unsere Initiative bereits einige Massnahmen in diesem Bereich umsetzen konnte und wir aktuell auch in der nationalen Strategie für Liechtenstein zum Schutz vor Cyber-Risiken aktiv mitwirken.» Erbprinz Alois sieht im Thema ebenfalls eine zentrale Herausforderung für Liechtenstein: «Die Pandemie hat in Bereichen wie Homeoffice und Homeschooling die grosse Bedeutung einer stabilen und sicheren Dateninfrastruktur für unsere heutige Gesellschaft gezeigt. Staat und Wirtschaft sollten daher beim Thema Cyber Security eine enge Zusammenarbeit sicherstellen.» (red/pd)

Die Studie ist unter www.cybercheck.li zu finden

KAMPAGNE «CYBER SECURITY»

Die Studie ist wesentlicher Bestandteil der Kampagne «Cyber Security», welche digital-liechtenstein.li im Herbst 2019 lanciert hat. Die Kampagne soll unter anderem das Bewusstsein für Cyber-Sicherheit schärfen und konkrete Hilfestellungen vor allem für KMU bieten. Dreh- und Angelpunkt der Kampagne ist die Webseite www.cybercheck.li, auf welcher Firmenverantwortliche einen kostenlosen Schnellcheck mit konkreten Empfehlungen machen und das finanzielle Risiko für einen Cyber-Angriff kalkulieren können. Auch hat die Initiative bereits

verschiedene Workshops und Veranstaltungen durchgeführt. Digital-liechtenstein.li wurde Ende 2017 lanciert, um den Wirtschaftsstandort auf dem Weg ins digitale Zeitalter zu unterstützen. Die Initiative steht unter dem Patronat des Fürstenhauses und der Regierung und wird von rund 50 Unternehmen und Organisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik getragen. Spezielle Partner der Kampagne Cyber Security Liechtenstein sind die Funk-Gruppe, Funk Stiftung, FLI, die Universität Liechtenstein, BDO, MTF Group, Speedcom und HSL Informatik.

Beim LAFV

Bruno Schranz wird neuer Vizepräsident

VADUZ Wie der Liechtensteinische Anlagefondsverband (LAFV) am Freitag mitteilte, wurde Bruno Schranz am 1. Juli 2020 zum neuen Vizepräsidenten des Verbandes gewählt. Er war bereits seit August 2016 Mitglied des Vorstandes des LAFV. «Bruno Schranz verfügt über langjährige Erfahrung und herausragende Expertise im Fondsgeschäft», heisst es in der Mitteilung. «Er übernimmt das Amt von Lars Inderwildi (LGT Capital Partners (FL) AG), der sich entschlossen hat, nach 10 Jahren von seiner Tätigkeit als Vorstand und Vizepräsident des LAFV zurückzutreten.» Bruno Schranz leitet als CEO seit Juli 2016 die Geschicke der LLB Fund Services AG und ist Verwaltungsrat der in Zürich beheimateten LLB Swiss Investment AG. Davor war er über zwanzig Jahre im Konzern der Zürcher Kantonalbank tätig, zuletzt in der Geschäftsleitung der Swicanto Fondsleitung AG. (red/pd)

Schweizer Aktienmarkt

Börse schliesst mit Verlusten

ZÜRICH Der Schweizer Aktienmarkt hat den Handel am Freitag mit klaren Verlusten abgeschlossen. Die Stimmung schwankte nach wie vor zwischen Konjunkturoptimismus und Coronasorgen. Aber wegen der stark steigenden Infektionen mit dem Virus - am Vortag wurden in den USA weitere 50 000 gemeldet - wurde der Risikoappetit der Anleger etwas gedämpft, hiess es am Markt. «Wenn sich dort die Lockdown-Massnahmen weiterhin so mehren, ist das gar nicht gut - weder für die Wirtschaft noch für die Märkte», sagte ein Händler. Auch Gewinnmitnahmen blieben nicht aus: «Wir sind inzwischen wieder auf einem stolzen Niveau angelangt.» Starke Zahlen vom US-Arbeitsmarkt hellten die Stimmung hingegen etwas auf. Ansonsten sprachen Marktteilnehmer von einem eher ruhigen Handel. Es fehlten starke Impulse.

Der SMI schloss 0,61 Prozent tiefer bei 10 125,84 Punkten. Das Tagestief erreichte der Index kurz zuvor bei 10 110 Punkten. Das Intraday-Hoch am Freitag lag am Morgen noch bei ganzen 100 Stellen mehr. Für die zu Ende gehende Woche ergab sich ein Plus von 0,8 Prozent. Der SLI, in dem die 30 wichtigsten Aktien enthalten sind, verlor auf Tagessicht 0,41 Prozent auf 1523,37 Punkte und der breite SPI 0,53 Prozent auf 12 521,87 Zähler. 19 Verlierer im SLI kamen auf neun Gewinner und zwei unveränderte Titel. Den Markt belastet haben deutliche Abgaben in den drei Schwergewichten Roche (minus 1,2 Prozent), Novartis (minus 0,8 Prozent) und Nestlé (minus 0,6 Prozent). Roche und Nestlé gehören aber zu den wenigen SMI-Gewinnern im bisherigen Jahresverlauf. Zu den grössten Verlierern gehörten am Freitag zum Schluss auch Logitech (minus 1,0 Prozent). (apa/dpa)

ANZEIGE

Damit Sie immer auf dem neuesten Stand sind. Neu alle Kurs- und Fondsinformationen der LLB online anschauen: quotes.llb.li

Immer den Überblick haben dank LLB Quotes

ANZEIGE

ETHENEA		Tageskurse per 30. Juni 2020	
ETHENEA Independent Investors S.A.			
Ethna-AKTIV	A CHF	108.8100	
Ethna-AKTIV	T CHF	119.8100	
Ethna-AKTIV	A EUR	128.8700	
Ethna-AKTIV	T EUR	135.4100	
Ethna-Defensiv	A EUR	132.9500	
Ethna-Defensiv	T EUR	166.4100	
Ethna-Dynamisch	A EUR	80.7200	
Ethna-Dynamisch	T EUR	84.0000	

«Blatt wendet sich»

Deutsche Wirtschaft nähert sich der Wachstumszone

BERLIN Die deutsche Wirtschaft löst sich allmählich aus der Coronabedingten Schockstarre und nimmt Kurs Richtung Wachstum. Der Einkaufsmanagerindex stieg im Juni den zweiten Monat in Folge steil an und liess das Rekordtief vom April weit hinter sich, wie aus der Umfrage des Instituts IHS Markit hervorgeht. Auf

Basis endgültiger Daten kletterte das Konjunktur-Barometer auf nunmehr 47,0 Punkte von 32,3 im Mai. Damit ist die Wachstumsschwelle von 50 Punkten greifbar nahe: «Lockerungen der Eindämmungsmassnahmen haben einigen Teilbereichen der deutschen Wirtschaft wieder neues Leben eingehaucht», erklärte IHS-Experte Phil Smith. Vor allem «dem wunden Punkt» des Exportgeschäfts sollten die Grenzöffnungen als zusätzlicher Erholungsschub dienen. In der Eurozone hellte sich die wirtschaftliche Lage im Juni insgesamt wieder auf. (awp/sda/reu)

Liechtensteinische Landesbank¹⁸⁶¹
Tradition trifft Innovation.

Gegen Rassismus – auch im Breitensport

Die zweite Mannschaft des FC Balzers führt in ihren vier Testspielen für die nächste Saison eine Anti-Rassismus-Kampagne durch.

Gary Kaufmann

Schon länger hatte Coach Stefan Villamar die Idee, mit der zweiten Mannschaft des FC Balzers ein Zeichen gegen Gewalt und Diskriminierung zu setzen. Den notwendigen Anstoss für die Kampagne gab letztlich die jüngste Partie zwischen St. Gallen und Zürich im Kybunpark. Die Freude über den 0:4-Sieg gegen den Tabellenführer rückte wegen einer Aussage eines Fans der Gastgeber in den Hintergrund. Dieser beleidigte den nigerianischen FCZ-Stürmer Aiyegun Tosin, der den zweiten Treffer erzielte (64.), als «schei** Mohrechopf», wie ein online viral verbreiteter Videoclip belegt. «Zum ersten Mal nach der Coronapause dürfen wieder 1000 Personen ins Stadion und dann geht es genau dort weiter, wo es vorher aufgehört hat», zeigt sich Villamar enttäuscht.

Seit zwei Jahren betreut er die Viertligamannschaft auf der Rheinau rund um Trainer Marco Rothmund. Bei den eigenen Spielen hat der FCB-Coach noch keinen ähnlichen Eklat wie in St. Gallen erlebt. Doch ihm stellte sich folgende Frage: «Warum abwarten, bis etwas passiert?» Ausserdem sei jetzt genau der richtige Zeitpunkt für eine Kampagne, weil das Thema durch die tödliche Polizeigewalt an George Floyd in den USA weltweit wieder eine erhöhte Aufmerksamkeit erhält. Wenn Villamar seine Mannschaft anschaut, sieht er darin eine Vielfalt an Kulturen – unter anderem gehören Albaner, Italiener, Portugiesen, Schweizer und Liechtensteiner zum Kader, die alle in der Region verankert sind. Viele von ihnen kicken schon in der Jugend für Balzers. «Wahrscheinlich sind sie im Alltag viel häufiger mit Rassismus konfrontiert als auf dem Fussballplatz», betont Vil-



Die zweite Mannschaft des FC Balzers mit Trainer Marco Rothmund (1. v. r.) setzt sich für einen fairen Umgang im Breitensportfussball ein. Die Kampagne «Kein Platz für Rassismus» hat Coach Stefan Villamar (1. v. l.) auf der Rheinau lanciert. Bild: Daniel Schwendener

lamar die Notwendigkeit einer Aktion, die über den Breiten-sport hinaus zum Umdenken anregt. Insofern stand ausser Frage, dass die gesamte Mannschaft wie auch der Vereinsvorstand hinter der Sache stehen. Auch der Liechtensteiner Fussballverband, den Villamar im Vorfeld kontaktierte, befürwortete die Kampagne.

T-Shirts und ein Banner weisen auf Kampagne hin

Unter dem Motto «Kein Platz für Rassismus» möchte der FCB II in seinen vier Testspielen vor der anstehenden Saison zum Nachdenken anregen. Vor-

anpfiff der beiden Heimspiele auf der Rheinau werden die Spieler und weitere Vereinsmitglieder zusammen mit den Gegnern auf den Platz einlaufen und einen Banner präsentieren. Dabei tragen die Balzner extra für die Kampagne angefertigte T-Shirts, die das Gipsergeschäft Bürzle aus der eigenen Gemeinde sponsert. Die Spieler behalten diese auf der Ersatzbank an. Dort werden die T-Shirts auch bei den beiden Auswärtspartien zu sehen sein. Auf der Rheinau wird jeweils eine Spendenkasse aufgestellt. Wohin ihr Inhalt fliesst, möchte das Team entscheiden, sobald die erhaltene

Summe feststeht. Villamar zieht dafür verschiedene Institutionen des Landes in Betracht: «Das Geld wird sicher an ein Projekt gehen, das gegen Rassismus kämpft und wo wir davon überzeugt sind, dass es am richtigen Ort ankommt.»

Ohne Zuschauer hätte die Kampagne keine Wirkung. Deshalb würde sich Villamar darüber freuen, wenn so viele FCB-Anhänger wie möglich auf der Rheinau mitfeiern. Aufgrund den Lockerungen der Covid-19-Verordnung steht dem auch nichts im Weg. Natürlich gilt es dabei die bekannten Vorgaben wie die Abstands-

regelungen einzuhalten. Diesbezüglich appelliert der Coach an den gesunden Menschenverstand, auch zum eigenen Schutz.

Alle Testspiele finden gegen Liechtensteiner Teams statt

Das Beleidigen des Kontrahenten sei im Sport schon immer präsent gewesen, meint Villamar. Gerade was rassistische Aussagen betrifft, erlebe er am Seitenrand oft paradoxe Situationen. «Wenn jemand einen Gegner wegen seiner Herkunft verbal angreift, dann beleidigt er dessen ganze Kultur. Man darf also nicht das Gefühl haben,

dass sich ein Mitspieler mit derselben Nationalität nicht davon betroffen fühlt. Da gibt es keine Mauer», erklärt der Coach. Es kommt vor, dass einem während dem Spiel etwas herausrutscht, weil man voller Adrenalin ist oder gerade gefoult wurde. Doch Villamar findet es wichtig, dass man danach Charakter beweist und sich später bei dem Kontrahenten dafür entschuldigt. Denn der Fussball ist eigentlich ein Instrument, um die Integration in der Gesellschaft zu erleichtern: «Alle müssen an einem Strang ziehen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen.»

Die mediale Aufmerksamkeit, die einem Viertligisten zukommt, ist relativ gering. Doch Balzers II vertritt die Meinung, dass nicht immer nur die Fussballprofis, sondern auch der Breitensport vermehrt Flagge bekennen muss. «Je mehr sich dafür einsetzen, desto eher verstummen die anderen Stimmen. Auch kleine Sachen können eine grosse Wirkung erreichen. Ich glaube nicht, dass dies die letzte Aktion unserer Mannschaft sein wird», zeigt sich Villamar optimistisch. So wünscht er sich, dass sein Team eine Vorreiterposition einnimmt und andere Vereine im Land mit eigenen Kampagnen nachziehen. Diese werden von der Kampagne sicher hören, denn alle vier Testspiele sind gegen Liechtensteiner Mannschaften angesetzt. «Die Gegner standen schon vor der Kampagne fest. Nun ist es aber schön, dass wir mit ihnen etwas gegen den Rassismus unternehmen», blickt Villamar dem morgigen Auftakt voller Vorfreude entgegen. Um 20 Uhr ist die erste Auswahl des FC Triesen (3. Liga) auf der Rheinau zu Gast.

Testspiele FC Balzers II

- 10. Juni (20 Uhr): Balzers II – Triesen
- 24. Juni (20 Uhr): Balzers II – Schaan II
- 31. Juni (20 Uhr): Vaduz III – Balzers II
- 7. August (20 Uhr): Triesenberg – FCB II

Spielpläne für die kommende Saison fixiert

Nach einer abgesagten Rückrunde stehen nun die Spielpläne für die kommende Fussballsaison. Mitte August startet der Spielbetrieb.

Im Laufe der Woche haben der Ostschweizer Fussballverband und das die Erste Liga ihre Spielpläne und Gruppeneinteilungen für die kommende Spielzeit publiziert. Da die Gruppeneinteilung praktisch identisch mit jener aus dem letzten Jahr ist, wird es auch in der kommenden Saison zu zahlreichen Derbys, spannenden Spielen und voraussichtlich auch zu Auf- und Abstiegs-kämpfen mit Liechtensteiner Beteiligung kommen.

Nach einer Saison, die der Coronapandemie zum Opfer gefallen ist, ist die Vorfreude auf eine normale Spielzeit bei den Spielern und den Verantwortlichen der Liechtensteiner Fussballvereine gross. Etliche Teams, allen voran Herbstmeister FC Ruggell, spielten ganz vorne mit und sorgten so für spannende Partien auf den

Liechtensteiner Fussballplätzen. Der durch Corona verursachte Lockdown machte je-

doch alle Aufstiegshoffnungen, Träume und Ziele der Saison zunichte. Anstatt einer norma-

len Rückrunde war für sämtliche Mannschaften nach der Wintervorbereitung nämlich Schluss.

Aufgrund der Tatsache, dass lange nicht Fussball gespielt werden konnte, haben einige Mannschaften dieses Jahr früher mit der Vorbereitung auf die neue Saison begonnen. Praktisch alle Amateurteams befinden sich bereits in der Vorbereitung auf die kommende Saison, die in den regionalen Ligen am Wochenende am 22. und 23. August beginnt. Die Erstligisten USV Eschen/Mauren und FC Balzers starten eine Woche früher in die Meisterschaft. Bis zum Derby müssen sich die beiden Erstligisten aber noch ein wenig gedulden. Der gestern veröffentlichte Spielplan zeigt, dass der USV und der FCB am 19. September in Balzers aufeinandertreffen. (sb)



Das Erstliga-Derby findet am 19. September statt. Bild: Archiv E.Risch

Gruppeneinteilung 2020/21

1. Liga, Gruppe 3:

FC Balzers, USV Eschen/Mauren, FC Paradiso, FC Dietikon, FC Kosova, FC Thalwil, FC Wettswil-Bonstetten, SV Höngg, FC Red Star ZH, FC Tuggen, FC Gossau, FC Linth 04, FC St. Gallen II, FC Winterthur II.

2. Liga, Gruppe 1:

FC Ruggell, FC Vaduz II, FC Altstätten, FC Mels, FC Montlingen, FC Rheineck, FC St. Margrethen, FC Arbon, FC Romanschhorn, US Schluen Ilanz, FC Au-Berneck, FC Rorschach-Goldach.

3. Liga, Gruppe 1:

FC Triesen, FC Triesenberg, Chur 97, FC Ems, FC Thusis-Cazis, CB Trun/Rabius, FC Bad Ragaz, FC Buchs, FC Gams, FC Sargans, FC Landquart, Valposchiavo Calcio.

3. Liga, Gruppe 2:

USV Eschen/Mauren IIFC Diepoldsau-Schmitter, FC Rebstein, FC Rüthi, FC Steinach, FC Widnau, KF Dardania St. Gallen, FC Heiden, FC Teufen, FC Appenzell, FC Speicher, FC Rorschach-Goldach.

4. Liga, Gruppe 2:

FC Balzers II, FC Schaan, FC Buchs II, FC Grabs, FC Haag, FC Mels II, FC Orion Chur, FC Sevelen, FC Trübbach, FC Untervaz.

4. Liga, Gruppe 3:

USV Eschen/Mauren III, FC Ruggell II, FC Altstätten II, FC Appenzell II, FC Au-Berneck II, FC Montlingen II, FC Rebstein IIa, FC Rorschacherberg, FC St. Margrethen II, FC Staad IIb.

4. Liga, Gruppe 8:

FC Triesen II, FC Bashkimi 99, FC Eschenbach II, FC Flums, FC Rapperswil-Jona II, FC Rüti GL, FC Uznach II, FC Wagen, FC Walenstadt, FC Weesen II.

5. Liga, Gruppe 4:

FC Schaan II, FC Triesenberg II, FC Vaduz III, FC Altstätten III, FC Au-Berneck III, FC Diepoldsau-Schmitter II, FC Montlingen III, FC Rebstein III, FC Rüthi II, FC Widnau III.

3. Liga Frauen, Gruppe 1:

FC Triesen, FC Weinfelden-Bürglen, FC Kirchberg, FC Münsterlingen-Berg, Chur 97, FC Frauenfeld, FC Bühler, FC Gossau, FC Buchs, FC Au-Widnau.

4. Liga Frauen, Gruppe 1:

FC Balzers IIa, FC Triesen IIc, FC Celerina, FC Flums, FC Gams II, FC Mels, US Schluen Iland II, FC Thusis-Cazis II, FC Untervaz-Chur II, FC Widnau-Au IIIb.

4. Liga Frauen, Gruppe 2:

FC Ruggell II, FC Abtwil-Engelburg, FC Altstätten, FC Arbon, FC Au-Widnau, FC Gossau II, FC Romanschhorn II, FC Staad II, FC Uzwil II, FC Winkeln, FC Wittenbach II.

Heute

Fussball Schweiz

St. Gallen beendet 29. Runde im Tessin

Zum Abschluss der 29. Runde in der Super League ist Meisterkandidat St. Gallen im Tessin gefordert. Die Ostschweizer bekommen es um 20.30 Uhr mit dem derzeit auf Platz sieben stehenden FC Lugano zu tun. Für beide Teams ein wichtiges Spiel. St. Gallen will weiterhin vor den Young Boy bleiben, und der FCL braucht ebenfalls Punkte, um gegen Ende der Saison nicht vielleicht doch noch in den Abstiegstrudel zu geraten. [Seite 23](#)

www.volksblatt.li

LieMudRun

Trainings auch im Malbun möglich



MALBUN In etwas mehr als zwei Monaten geht in Ruggell/Schellenberg der 2. LieMudRun über die Bühne. Für die Teilnehmer, die auf verschiedenen langen Strecken etliche Hindernisse überwinden müssen, ist dabei eine richtige Vorbereitung natürlich unerlässlich. Dafür gibt es nun mehrere Möglichkeiten. Das OK des Hindernislaufs bietet gemeinsam mit der Gemeinde Schellenberg beispielsweise ein betreutes Training an (9. Juli/6. August, Anmeldung unter info@liemudrun.li). Daneben haben Hindernisläufer nun eine weitere Möglichkeit. Wie das OK auf den sozialen Medien mitteilte, steht in Zusammenarbeit mit Liechtenstein Marketing ab sofort bis Ende August auch in der Schneefucht Malbun ein Trainingsparcours mit verschiedenen Hindernissen zur Verfügung. (mm)

Identischer Spielplan für Erstligisten

Fussball Mitte August fällt in der 1. Liga der Auftakt in die neue Meisterschaftssaison. Die Gegner für den USV Eschen/Mauren und den FC Balzers sind die gleichen wie im Vorjahr - Und auch die Reihenfolge der Aufeinandertreffen ist dieselbe wie 2019.

VON MANUEL MOSER

Exakt 243 Tage ist es her, seit Liechtensteins Erstligateams das letzte Mal im Meisterschaftsbetrieb einen Ernstkampf bestritten hat. Mit der 14. Runde ging im November die Hinrunde zu Ende - Damals wusste aber noch niemand, dass dies aufgrund der Coronapandemie auch gleichzeitig das Saisonende sein würde. Seither hat sich bei beiden Teams, die damals zum Hinrundenabschluss hinsichtlich Abstieg noch stark in Bedrängnis waren, einiges getan. Der USV tritt die anstehende Spielzeit mit Vito Troisio als Trainer und etlichen neuen Akteuren an. Balzers vertraut auf Martin Brenner, musste kadertechisch aber ebenfalls einige Änderungen vornehmen. Die Vorfremde auf den Saisonstart, der bereits terminiert wurde, ist in beiden Lagern riesig. Und nachdem kürzlich der Spielplan bekannt gegeben wurde, dürfte sie gar noch ein klein wenig grösser sein. Spektakuläre Änderungen bei der Gruppeneinteilung oder auch beim Spielplan selbst gab es aber nicht. Im Gegenteil: Es ist derselbe Plan wie schon im vergangenen Herbst.

«Gegner, der Grenzen aufzeigt»

Heisst für die FL-Teams: Es geht zum Auftakt am 15./16. August gegen das Team, gegen das auch schon letztes Jahr zum Saisonstart oder eben zum Hinrundenabschluss gekickt wurde. Der USV trifft dabei zu Hause auf den FC Lint 04, Balzers bekommt es auswärts mit dem FC Red Star aus Zürich zu tun. Derzeit ist der Grossteil der Partien auf Sonntag festgesetzt - Fixiert sind die Termine aber noch nicht. «Das ist nur, weil momentan die genauen Anstosszeiten noch nicht bekannt sind. Wir werden unsere Heimspiele Samstags um 17 Uhr austragen», erklärt USV-Neutrainer Troisio. Die Erinnerungen bei den Unterländern an ihren Auftaktgegner Lint 04 sind dabei nicht gerade beäuschend. Im Auftaktspiel gab es damals eine 0:3-Pleite, zum Abschluss unterlag man im Auswärtsspiel sogar mit 0:5. «Ich bin davon ausgegangen, dass es derselbe Spielplan sein wird. Lint stand vor der Coronapause auf dem starken dritten Rang - Es ist also sicherlich ein Gegner, der uns gleich zu Beginn die Grenzen aufzeigen



Das erste FL-Derby der Saison steigt dann am 19. September 2020 (6. Spieltag) auf der Rheinau in Balzers. (Fotos: MZ)

wird», weiss Troisio. Die lange Pause sieht er für sein, aber auch für alle anderen Teams als grosse Herausforderung. «Es ist nicht so einfach wieder in die Gänge zu kommen. Und ich merke, dass wir noch einiges an Arbeit vor uns haben», so der ehemalige Ruggell-Coach.

Offensivspektakel in Zürich?

Der Blick auf die letztjährigen Ergebnisse gegen Auftaktgegner Red Star dürfte Balzers-Trainer Martin Brenner derweil nicht ganz so nachdenklich gestimmt haben wie seinen Trainerkollegen. Zum Saisonauftakt bezwang man die Zürcher damals mit 3:0, im zweiten Kräftemessen wurden beim 2:2 die Punkte geteilt. Wie beim USV wird der FCB die Heimspiele voraussichtlich am Samstag bestreiten. «Die Spieler sollen den Sonntag mit der Familie geniessen», sagt Brenner.

Der gebürtige Uruguayer, der vor etwas mehr als einer Woche mit seinem Team in die Vorbereitung ge-

startet ist, freut sich, wie all seine Spieler, auf den Neustart im August. Vor allem der Gegner gefällt ihm. «Red Star ist eine gute Mannschaft, die einen sehr schnellen und dynamischen Fussball spielt. Ich freue mich auf die Begegnung und denke,

dass sowohl wir, wie auch sie vor allem offensiv Akzente setzen.» Aber wie bei der Konkurrenz im Unterland sei es jetzt bis zum Saisonstart wichtig, die Mannschaft fit zu bekommen - sowohl physisch als auch spielerisch.

SAISON 2020/21

1. Liga Gruppe 3

Teams
FC Paradiso, FC Dietikon, FC Thalwil, FC Wettswil-Bonstetten, SV Höngg, FC Red Star, FC Tuggen, FC Gossau, **FC Balzers**, **USV Eschen/Mauren**, FC Lint 04, FC St. Gallen II, FC Winterthur II.

Erste Runde (15./16. August 2020)
FC Tuggen - FC Wettswil-Bonstetten
FC Red Star - **FC Balzers**
FC Dietikon - FC Winterthur II
FC St. Gallen II - FC Thalwil
FC Paradiso - SV Höngg
FC Gossau - FC Kosova
USV Eschen/Mauren - FC Lint 04

Die ersten sechs Spiele der FL-Clubs

15./16. August
USV - Lint 04
Red Star - FC Balzers

22./23. August
Kosova - USV
Balzers - Dietikon
29./30. August
USV - SV Höngg
St. Gallen II - Balzers
5./6. September
FC Thalwil - USV
Balzers - Paradiso Sa, 5. September
12./13. September
USV - Winterthur II
Gossau - Balzers So, 13. September
19. September
Balzers - USV Sa, 19. September

Letztjährige Bilanz der Hinrunde

USV: 14 Spiele, 4 Siege, 4 Unentschieden und 6 Niederlagen. - Ø 1,14 Punkte pro Spiel.
Balzers: 14 Spiele, 4 Siege, 3 Unentschieden und 7 Niederlagen. - Ø 1,07 Punkte pro Spiel.

Balzers 2 setzt Zeichen gegen Diskriminierung

Fussball Die 2. Mannschaft des FC Balzers trägt seine Vorbereitungsspiele unter dem Motto «Kein Platz für Rassismus» aus. Dazu werden auch Spenden gesammelt.

VON MANUEL MOSER

Die Diskussionen rund um die Themen Gewalt, Rassismus und Diskriminierung sind nach verschiedenen Vorfällen rund um den Globus in den letzten Wochen aktueller denn je. Diesem Thema hat sich nun auch die 2. Mannschaft des FC Balzers angenommen. «Nicht nur die aktuelle Situation auf der ganzen Welt, sondern auch ganz allgemein der Breitensport Fussball spornt uns an, ein Statement abzugeben», so Stefan Villamar, Coach beim FCB 2 und Initiator der Kampagne.

T-Shirts, Banner und Spendenkasse

Miteinbezogen bei der ganzen Sache werden dabei auch die gegnerischen Teams sowie die Zuschauer, die nach den diversen Lockerungsmassnahmen die Testspiele wieder besuchen

können. Hierfür liess der Balzner 2 auch extra T-Shirts drucken, die jeweils vor dem Spiel und auf der Auswechselbank getragen werden. Auch ein Banner dürfe in Absprache mit dem Vorstand und dem Liechtensteiner Fussballverband (LFV) vor dem Spielen aufgehängt werden, «um gemeinsam mit den Gegnern ein klares Zeichen zu setzen», führt Villamar aus. Zudem werde auch eine Spendenkasse aufgestellt. Das erste Testspiel bestreitet die 2. Mannschaft des FCB dabei diesen Freitag um 20 Uhr gegen Drittligist FC Triesen, und am 24. Juli ebenfalls um 20 Uhr ist der FC Schaan 2 zu Gast auf der Rheinau. «Wir hoffen auf viele Zuschauer und Unterstützer, um auch im Breitensport auf das Thema Diskriminierung aufmerksam zu machen», so der Initiator. (mm)



Mit einem Banner will der FC Balzers 2 seiner Kampagne zusätzlich Ausdruck verleihen (v.l.): Patrick Kaufmann (Kapitän), Ralph Vogt (Co-Trainer), Marco Rothmund (Trainer) und Stefan Villamar (Coach und Initiator der Kampagne). (Foto: ZVG)

Aus der Region
Schnellere Verbindungen nach München

ST. GALLEN Ab dem Fahrplanwechsel im Dezember wird in der Ostschweiz unter anderem das Angebot zwischen Zürich, St. Gallen und München ausgebaut. Dazu gibt es zusätzliche Abendverbindungen für den RegioExpress Herisau-St. Gallen-Konstanz oder zwischen Frauenfeld und Wil. Der Fahrplanwechsel bringt für die Ostschweiz einen weiteren Schritt im Ausbau der Verbindung nach München: Ab dem 13. Dezember wird das Angebot für die Strecke Zürich-St. Gallen-München mit neu täglich sechs Zügen pro Richtung erhöht. Dies bedeute eine Verdoppelung der Direktverbindungen, teilte die SBB am Mittwoch mit. Mit neuen Neigezügen verkürzt sich zudem die Fahrzeit zwischen Zürich und München von heute 4 Stunden 45 Minuten auf vorerst rund 4 Stunden. Voraussichtlich ab Dezember 2021 sollen es dann noch 3 Stunden und 30 Minuten sein. Zwischen St. Gallen, Winterthur und Zürich gibt es künftig insgesamt vier Verbindungen mehr pro Tag und es werden auch mehr schnellere Verbindungen mit einer Reisezeit von 59 Minuten angeboten. Neu ist es der IC5, der nur noch in Winterthur und Zürich Flughafen halten wird. Auf der ICI-Verbindung zwischen St. Gallen und Genf Flughafen via Bern setzen die SBB grösstenteils den neuen FV-Dosto ein. Der Vorteil sind grössere Kapazitäten auf der Ost-West-Achse. Zwischen dem Zürcher Hauptbahnhof und St. Gallen hält der ICI ab dem 13. Dezember in Zürich Oerlikon, Wil SG, Uzwil, Flawil und Gosau. Die direkte Verbindung St. Gallen-Zürich-Bern mit dem ICI dauert künftig 18 Minuten länger. Für eine schnellere Fahrzeit von zwei Stunden muss in Zürich umgestiegen werden. Auf der Verbindung Zürich-Sargans-Chur wird das Angebot am Abend in beide Richtungen um eine Stunde ausgedehnt. Auch der RegioExpress Herisau-St. Gallen-Konstanz fährt abends länger. Zwischen Frauenfeld und Wil wird ebenfalls ein zusätzlicher Spätkurs angeboten. Die S15 fährt neu auch um 23.42 Uhr ab Wil und um 00.26 Uhr ab Frauenfeld. (sda)

ANZEIGE

TOPJOB.li

Von «Holocaust-Märchen» und «islamischen Heuschrecken»

Urteil Weil er auf Facebook unter anderem die Opferzahlen des Holocausts infrage stellte und Muslime herabwürdigte, musste sich ein in Liechtenstein lebender Deutscher am Mittwoch wegen Diskriminierung vor Gericht verantworten.

VON SEBASTIAN ALBRICH

«Es geht mir nicht darum, den Holocaust zu leugnen oder zu verharmlosen, ich stelle nur die Geschichtsschreibung und Zahl der Ermordeten Juden infrage», erklärte der 70-jährige Beschuldigte am Mittwoch vor Gericht. Eine Straftat erkannte er darin nicht: Er verurteilte die massenhafte Ermordung der Juden, denn jeder Tote sei schlimm. Doch gebe es so viele Widersprüche, dass er die offizielle Geschichte, die er in der Schule lernte - das «Siegermärchen», die «Mär» oder die «Schwärzeste Lüge» wie er auf Facebook schrieb - nicht glauben könne. Er sprach dabei vor Gericht unauffindbare Tote aus den US-Gefangenenlagern - in der Nähe der ehemaligen NS-Konzentrationslagern an. Getrieben war er dabei auch klar von den Vorwürfen und der Verantwortung, denen er sich als Nachkriegsdeutscher ausgesetzt sah: «Ich kann nichts dafür, wieso muss ich mir das heute als Deutscher noch bieten lassen», betonte er vor Gericht und unterstrich, dass er kein «Nazi» sei.

Holocaust-Leugner geteilt

Aus all diesen Gründen habe er begonnen, zu recherchieren. Seine Suche nach der vermeintlich wahren Geschichte und den vermeintlich richtigen Zahlen brachte ihn dazu, über Jahre mehrere einschlägige Artikel auf seiner Facebook-Seite und in Gruppen zu teilen und eifrig zu kommentieren. Diese brachten ihm schliesslich im April 2020 eine Anzei-



Wegen rassistischer und antisemitischer Kommentare wurde gestern ein 70-Jähriger verurteilt. (Symbolfoto: Rafapress/SSI)

ge einer couragierten Facebook-Nutzerin ein. Darunter auch Ansichten der verurteilten Holocaust-Leugner Ernst Zündel und Ursula Haverbeck. Vor Letzterer zog er in einem Kommentar «den Hut». Mit ihrer Lebensgeschichte hatte sich der geschichtsversessene Rentner nach eigenen Angaben

«Wieso muss ich mir das heute als Deutscher noch bieten lassen.»

DER BESCHULDIGTE

jedoch nicht auseinandergesetzt. Er sei kein Fan von Frau Haverbeck. Sie sei lediglich die einzige Deutsche gewesen, die aufgestanden sei, und sich gegen die akzeptierte Ansicht gestellt habe.

Was die Gaskammern betrifft, habe er sich vielleicht durch seine Recherchen verleiten lassen, gestand der Beschuldigte ein. Er bezog sich dabei auf einen von ihm geteilten Artikel, den er auch kommentierte. Dabei behauptete er, dass die Deutschen damals technisch gar nicht in der Lage gewesen seien, Gaskammern zu bauen, die dicht genug waren, um die Ermordung so vieler Juden zu ermöglichen.

Deutliche Verharmlosung

Auch wenn der Rentner dies selbst nicht einsah, waren Stossrichtung,

Ausdrucksweise und die dahinterliegende Gesinnung dieser Aussagen für die Staatsanwältin und die Richterin klar erkennbar und die Relativierung des Holocausts gegeben. Somit war es wenig verwunderlich, dass ihn die Richterin nach gut einer Stunde im Sinne der Anklage schuldig sprach.

Neben der Verharmlosung des Holocausts, strich er zudem noch einen weiteren Schuldspruch wegen Diskriminierung aufgrund der Religion ein: Er hatte - ebenfalls auf Facebook - von «islamischen Heuschrecken» geschrieben und ein Bild eines schwarzen Hahns, der weisse Enten besteigt, mit Muslimen gleichgesetzt, die weisse Frauen vergewaltigen.

Verordneter Geschichtsunterricht

Trotz klarer rassistischer Beweggründe und des langen Zeitraums der Tat kam der 70-jährige Beschuldigte glimpflich davon. Aufgrund seiner geringen Rente und der bisherigen Unbescholtenheit wurde die Strafe auf 90 Tagessätze à 10 Franken (900) festgesetzt und vollständig zu einer dreijährigen Bewährung ausgeschrieben. Jedoch muss sich der historisch interessierte Beschuldigte noch mal intensiv mit der Geschichte des Holo-

causts auseinandersetzen - und zwar mithilfe eines ihm zugeteilten Bewährungshelfers. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Holocaust-Leugner Von Haverbeck und Zündel

Ursula Haverbeck: Haverbeck ist eine deutsche nationalsozialistische Aktivistin. 1970 heiratete sie Werner Georg Haverbeck, der von 1929 bis 1932 in der Reichsleitung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) und von 1933 bis 1934 in der Reichsleitung der NSDAP mitgearbeitet hatte. Die mehrfach verurteilte Holocaust-Leugnerin sitzt seit 2018 wegen Volksverhetzung in Deutschland im Gefängnis. Sie verbreitet die Ansicht, dass durch den Holocaust «nur» rund 500 000 Juden ums Leben kamen.

Ernst Zündel: Der 2017 verstorbene Autor und Verleger geschichtsrevisionistischer Schriften zum Holocaust wurde 2007 zu fünf Jahren Haft wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfen des Andenkens Verstorbener verurteilt und pflegte zu Lebzeiten Kontakte zu vielen internationalen Nationalsozialisten und Holocaust-Leugnern. (Quelle: Wikipedia)

104 Coronafälle: Zu viele enge Kontakte am Arbeitsplatz

Pandemie Am Mittwoch meldete die Regierung abermals zwei neue Coronafälle in Liechtenstein. Im Zuge des Contact Tracing zeige sich zudem, dass Abstands- und Hygienemassnahmen am Arbeitsplatz zu gering umgesetzt werden.

Beim Contact Tracing wird abgeklärt, mit welchen Personen die infizierte Person in den 48 Stunden vor Auftreten der Symptome in «engem Kontakt» gestanden hat. Das heisst, länger als zusammengezählt 15 Minuten bei weniger als 1,5 Meter Abstand. Diese Kontaktpersonen der Infizierten werden dann in eine 10-tägige Quarantäne geschickt. «In den letzten Tagen hat sich die Zahl der Quarantäneanordnungen aufgrund von engen Kontakten im Arbeitsumfeld vervielfacht», schreibt die Regierung. Daher habe das Amt für Gesundheit über die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer sowie über die Wirtschaftskammer Liechtenstein die Arbeitgeber über die wichtigsten Punkte dazu informiert. «Arbeitgeber haben die Arbeitsumgebung so zu gestal-

ten, dass eine Ansteckung extrem unwahrscheinlich ist», heisst es in dem Merkblatt. Es wird zudem auf die geltende COVID-19-Verordnung verwiesen. Demnach müssen Arbeitgeber gewährleisten, dass die Arbeitnehmer den Empfehlungen der Regierung Folge leisten können. Kann der empfohlene 1,5-Meter-Abstand nicht gewahrt werden, seien entsprechende Schutzmassnahmen zu ergreifen.

Strikte Quarantäne-Regeln

Auch wird festgehalten, dass man sich nicht mit einem Coronatest aus der Quarantäne «befreien» kann. Kontaktpersonen von Infizierten dürfen ihr Quarantänequartier nur auf amtliche Anordnung für einen COVID-19-Test verlassen. «Dies geschieht nur, wenn bei jemandem Krankheitssymptome auftreten», so die Regierung. Kontaktpersonen von den genannten engen Kontakten müssen - wie alle anderen Menschen auch - ihren Gesundheitszustand beobachten und sich bei Krankheitssymptomen bei der Testhotline melden. Selbstverständlich gelte das beschriebene Vorgehen auch für den privaten Bereich. Wenn beispielsweise jemand kurz nach einem privaten Anlass positiv auf das Coronavirus getestet wird, wird für alle en-

gen Kontaktpersonen eine 10-tägige Quarantäne angeordnet. Dies kann einen grossen Teil der Teilnehmer eines Anlasses betreffen, falls die Abstandsregeln nicht eingehalten worden sind. Mit den beiden neu aufgetretenen Coronafällen vom Mittwoch zählt Liechtenstein neu 104 laborbestätigte Coronafälle. Es handelt sich dabei um kumulierte Fallzahlen - also alle Fälle, die seit dem 3. März verzeichnet wurden. Dementsprechend ist der Grossteil der Betroffenen wieder genesen, 96 Personen haben sich bereits erholt. Eine ältere Frau, die positiv auf das Virus getestet wurde, ist gestorben. Es haben sich aber weitaus mehr Menschen mit dem Coronavirus infiziert, wie Antikörpertests im Umfeld der positiv getesteten Personen zeigten (das «Volksblatt» berichtete). Diese werden in der Statistik aber nicht berücksichtigt.

Diskrepanz zu den Zahlen des BAG

Im Unterschied zur Liechtensteiner Regierung meldete jedoch das Schweizer Bundesamt für Gesundheit (BAG) am Mittwoch vier neue Fälle in Liechtenstein. Dies liegt allerdings daran, dass das BAG die bereits am Dienstag hinzugekommenen Fälle noch nicht vermeldet hatte. «Wir haben gestern zwei Fälle gemel-

det und heute zwei. In Summe ist das in Ordnung», so Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini am Mittwoch auf «Volksblatt»-Anfrage. Für Liechtensteiner zeige sich damit aber einmal mehr, dass man sich besser an der Mitteilung der Regierung orientiert, da diese im Zweifel aktueller ist. Eine Diskrepanz besteht dennoch: Das BAG meldet bereits seit Beginn der

Coronapandemie immer einen Fall mehr für Liechtenstein als die Regierung. Daher beläuft sich die kumulierte Fallzahl laut BAG derzeit auf 105, während die Regierung 104 angibt. Dies liegt an einer unterschiedlichen Zählweise von Personen mit Doppelwohnsitz. Hierfür herrschen in beiden Ländern unterschiedliche Regeln. (red/ikr)

ANZEIGE

«Für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort ist es unabdingbar, auf allen Verkehrswegen schnell und einfach erreichbar zu sein.»

Klaus Risch
LIHK-Präsident

Ja zur S-Bahn Liechtenstein.

Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer

Verurteilung für Holocaust-Leugner

Ein Deutscher musste sich gestern wegen Diskriminierung vor Gericht verantworten. Die Richterin verhängte eine bedingte Geldstrafe.

Bettina Stahl-Frick

Oftmals und sehr intensiv denke er über die Geschichte Deutschlands nach – insbesondere über den nationalsozialistischen Völkermord, sagte der Beschuldigte gestern vor Gericht. Denn vor allem als deutscher Staatsbürger werde er schon sein Leben lang immer wieder damit konfrontiert. Es ärgere ihn, deswegen als Nazi oder Rassist beschimpft zu werden, so der 70-Jährige. Allerdings behält der in Liechtenstein wohnhafte Mann seine Gedanken nicht nur für sich, sondern teilt sie auch gerne mit anderen in Form von öffentlichen Posts in sozialen Netzwerken. Seine Meinung, insbesondere zum Holocaust, tut er öffentlich kund und zeigt dabei eine klare Haltung: «Schluss mit dem Holocaust-Märchen», schrieb er in der Vergangenheit, ebenso wie von der «schwarzesten Lüge in der Geschichte Deutschlands». Mehrmals bezeichnete er den nationalsozialistischen Völkermord als «Mythos» und rief auf: «Dumpfbacken, es gibt keine braune Brut!»

Zweifel an der Anzahl der ermordeten Juden

«Ja, ich habe all diese Posts geschrieben», gab der Beschul-



Der Beschuldigte zweifelt an, ob durch den Holocaust tatsächlich sechs Millionen Juden ermordet worden sind. Bild: istock

digte gestern zu. «Allerdings bin ich unschuldig.» Denn in sämtlichen Beiträgen habe er den Holocaust nie geleugnet. Im Gegenteil, er verurteile die-

sen Völkermord. Das einzige, das er anzweifle, seien die sechs Millionen toten Menschen. Aufgewachsen sei er in Deutschland, in der Nähe eines

Rheinwiesenslagers – einem Gefangenenlager der USA, Grossbritanniens und Frankreichs im Rheinland am Ende des Zweiten Weltkriegs. «Oft habe ich mit meinen Grosseltern über das dunkle Kapitel gesprochen.» Schon als junger Mensch habe er sie immer wieder gefragt, wo denn all die Leichen und wo die Menschen beerdigt seien. «Nie konnten sie mir darauf eine Antwort geben.»

All die Jahre habe er recherchiert und immer wieder stosse er auf die Zahl von sechs Millionen ermordeter Juden. Und er stosse auf Widersprüche, vor allem, was diese Zahl anbelange. Zudem: «Mehrere Berichte von Physikern belegen, dass es zu jener Zeit nicht möglich gewesen wäre, eine dichte Gaskammer zu bauen.» Auf die Frage der Richterin, weshalb ihm diese genaue Zahl denn so wichtig sei, stellte der Beschuldigte eine Gegenfrage: «Warum muss ich mir als Deutscher solche Vorwürfe immer wieder bieten lassen?»

«Vor Haverbeck ziehe ich den Hut»

In einigen seiner Posts erwähnte der Beschuldigte auch Ursula Haverbeck, eine deutsche na-

tionalsozialistische Aktivistin, die als Holocaust-Leugnerin mehrmals verurteilt wurde und seit Mai 2018 inhaftiert ist. «Vor dieser Frau ziehe ich den Hut», schrieb der Beschuldigte. Gestern rechtfertigte er sich: «Dem ist so, aber nicht, weil ich ein Fan von ihr bin. Vielmehr deshalb, weil sie eine andere Meinung hat und sich getraut, diese öffentlich auch zu vertreten.»

Weiters postete der Beschuldigte Beiträge von Ernst Zündel, ebenso bekannt als Holocaust-Leugner. Seine Beiträge kommentierte der 70-Jährige mit «Schluss mit dem Holocaust-Märchen und der ganzen Volksverdummung.» Daran konnte sich der Beschuldigte nicht gleich erinnern, doch dann gab er zu: «Ja, das habe ich gemacht.» Im Nachhinein sei dies vielleicht ein Fehler gewesen, denn die Internetseite, auf welcher Zündel seine Beiträge publizierte, sei mittlerweile vom Netz genommen worden.

«Muslimische Heuschrecken»

Der Beschuldigte ist schliesslich nicht nur durch seine Holocaust-Kommentare aufgefallen, ebenso waren von ihm in der

Vergangenheit auch rassistische Posts zu lesen. So bezeichnete er Angehörige des islamischen Glaubens als «muslimische Heuschrecken» und islamische Männer als «Hähne, die weisse Frauen vergewaltigen während des Ramadans.» Er sei nicht rassistisch, sagte er der Richterin. Vielmehr wären diese Posts «satirisch» gemeint gewesen.

Die Richterin konnte allerdings keine Satire erkennen. Wegen Diskriminierung verurteilte sie den Mann zu einer Geldstrafe in der Höhe von 90 Tagessätzen, wobei sie den einzelnen Tagessatz mit zehn Franken bemessen hat. Die insgesamt 900 Franken sprach sie allerdings bedingt aus, angelegt auf eine dreijährige Probezeit. Ausserdem sprach sie eine Weisung aus, die den Beschuldigten verpflichtet, sich mit einem Bewährungshelfer über seine Handlungen und nicht zuletzt auch über seine Gesinnung auseinanderzusetzen. Der Beschuldigte entschied sich für eine viertägige Bedenkzeit, um allenfalls Berufung gegen das Urteil einzulegen. Somit ist dieses mit dem gestrigen Schuldspruch noch nicht rechtskräftig.

«Können effektive Massnahmen sein»

Sollte die Schweiz eine Helmpflicht für langsamere E-Bikes und eine Lichtpflicht einführen, könnte Liechtenstein eine Übernahme prüfen.

Eine Helmpflicht für schnellere E-Bikes (mit Tretunterstützung maximal 45 km/h) kennt die Schweiz schon länger. Nun möchte der Bundesrat das Fahren auf Velos mit Elektromotor zusätzlich regulieren. «In den letzten Jahren hat sich die Zahl der schweren E-Bike-Unfälle fast verfünffacht. Um diesen Trend zu brechen und Unfälle zu vermeiden, will der Bundesrat mit rasch realisierbaren Massnahmen auf Verordnungsebene die Sicherheit erhöhen», begründet er das Ansinnen. Konkret soll die Helmpflicht künftig auch für langsamere E-Bikes gelten, also solche, die mit Tretunterstützung eine Geschwindigkeit von maximal 25 km/h erreichen. Ausserdem will der Bundesrat Fahrer beider E-Bike-Typen verpflichten, sich auch tagsüber mit eingeschaltetem Licht fortzubewegen. Die Vernehmlassung zu diesen und weiteren Revisionen des Strassenverkehrsrechts läuft noch bis zum 12. Dezember.

Eingehende Prüfung wäre die Folge

In Liechtenstein, wo analog zur Schweiz aktuell lediglich eine Helmpflicht für langsamere E-Bikes besteht und sämtliche E-Bikes von der Lichtpflicht ausgenommen sind, wird die weitere Entwicklung in dieser Sache mit grossem Interesse verfolgt. Sollte die Helmpflicht ausgeweitet und eine Lichtpflicht eingeführt werden, würde eine entsprechende Geset-



Bislang müssen in Liechtenstein nur Fahrer schneller E-Bikes einen Helm tragen. Das könnte sich bald ändern. Bild: iStock

zesübernahme «eingehend geprüft», erklärt Otto C. Frommelt, Leiter des Amtes für Strassenverkehr (ASV), auf Anfrage. «Die Bestimmungen hierzu wären im Strassenverkehrsgesetz und in den dazugehörigen Verordnungen zu ergänzen.»

Nutzer langsamer E-Bikes «praktisch ungeschützt»

Auf offene Ohren stösst das bundesrätliche Ansinnen bei der Behörde allemal. «Das ASV begrüsst grundsätzlich jede Än-

derung der Verkehrsvorschriften, die zur Steigerung der Verkehrssicherheit beiträgt. Helmpflicht und Licht – auch tagsüber – können hierbei wichtige und effektive Massnahmen sein, die im Extremfall sogar Leben retten können», sagt Frommelt. Dies gelte umso mehr, wenn man bedenke, dass Nutzer langsamer E-Bikes «praktisch ungeschützt am Verkehr teilnehmen und mit den Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern zu den schwäch-

sten Verkehrsteilnehmern gehören.»

Diesen Einschätzungen könnte man nun freilich die Zahlen der Jahresberichte der Landespolizei aus der jüngeren Vergangenheit entgegenhalten. Anders als in der Schweiz haben die Unfälle mit E-Bikes im Fürstentum nämlich nicht zugenommen. Vielmehr ist die Zahl seit 2015, als die Landespolizei über das gesamte Jahr hinweg sieben Unfallereignisse verzeichnete, um zwei zurück-

gegangen. Ist der Bedarf nach rechtlichen Anpassungen in Liechtenstein demnach womöglich weniger gross?

Frommelt räumt ein, dass dies durchaus so erscheinen möge. Gleichwohl bleibt er bei seiner befürwortenden Haltung: «Ich bin dennoch der Ansicht, dass jeder einzelne Unfall, der durch Helm und Licht einen glimpflicheren Verlauf nehmen kann, es wert sind, diese Regelungen auch in Liechtenstein zu prüfen.» Ausserdem, führt er ein weiteres Argument an, dürfe nicht ausser Acht gelassen werden, dass ein allfälliges Regelungsgefälle nach erfolgtem Grenzübertritt in die Schweiz durchaus Probleme mit sich bringen könne. «Denn dann würde ja die Helm- und Lichtpflicht gelten.»

Ausweitung auf normale Velos eine Option?

Doch müsste der Blick im Sinne einer konsequenten Erhöhung der Verkehrssicherheit nicht zwangsläufig auch auf Fahrräder ohne Elektroantrieb gerichtet werden? 2019 ereigneten sich gemäss dem Jahresbericht der Landespolizei 26 Unfälle mit «herkömmlichen» Velos – der höchste Wert, seit dieser in der Statistik ausgewiesen wird. Der ASV-Leiter möchte sich derlei Überlegungen keinesfalls verschliessen. Das Licht, betont er, erhöhe die Sichtbarkeit aller Fortbewegungsmittel im Stras-

senverkehr und diene damit zum besseren Eigenschutz der Verkehrsteilnehmer. Ein Helm wiederum könne jederzeit schwerwiegende Unfallfolgen verhindern. «Daher stehe ich grundsätzlich der Licht- und Helmpflicht auch für normale Velos positiv gegenüber.» Wobei das nötige Augenmass immer gewahrt bleiben muss, wie er abschliessend anmerkt: «Entsprechende gesetzliche Anpassungen wären genau zu prüfen und auf die liechtensteinischen Verhältnisse hin zu adaptieren.»

Oliver Beck

**Grosser
Rolf Benz
Abverkauf**

Jetzt
50%
auf alle
Ausstellungsstücke von
ROLF BENZ



Christa Rigozzi
Delta Best Friend

Alle Artikel solange Vorrat.

delta
MÖBEL KÜCHEN HAUSHALT
delta-moebel.ch, Tel. +41 (0)81 772 22 11

Verwaltung und Justiz
Coronamassnahmen vor Verlängerung

VADUZ Wegen der anhaltenden COVID-19-Pandemie und der erneut steigenden Fallzahlen will die Regierung die Geltungsdauer des Gesetzes über Begleitmassnahmen in der Verwaltung und Justiz in Zusammenhang mit dem Coronavirus - kurz COVID-19-VJBG - bis Ende 2020 verlängern. Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 25. August einen entsprechenden Bericht und Antrag zuhanden des Landtages verabschiedet, teilte das Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur am Donnerstag mit. Am 8. April 2020 ist das COVID-19-VJBG in Kraft getreten. Das Gesetz sah eine Geltungsdauer bis zum 15. Juni 2020 vor. In der Folge wurde das COVID-19-VJBG aufgrund der anhaltenden Pandemie angepasst und die Geltungsdauer bis zum 15. September 2020 verlängert. Nun erachtet es die Regierung aufgrund der aktuellen Entwicklungen für notwendig, die begleitenden Massnahmen bis Ende des Jahres 2020 zu verlängern. «Da das Reisen nach wie vor ein erhöhtes Infektionsrisiko mit sich bringt, sollen insbesondere Verbandspersonen und Treuunternehmen weiterhin die Möglichkeit haben, Versammlungen ohne physische Anwesenheit der Teilnehmer abzuhalten bzw. Be-



Zehn Jahre Pfarrer in Eschen Christian Vosshenrichs Jubiläum begangen

ESCHEN Der vergangene Sonntagsgottesdienst in der Eschner Pfarrkirche war mit einer Überraschung für Pfarrer Christian Vosshenrich verbunden: Ohne sein Wissen war eine Ehrung nach der Liturgiefeier vorbereitet worden, und so standen statt der üblichen vier bis acht Ministrantinnen und Ministranten bereits 18 während der Messfeier am Altar, und nach der heiligen Messe zogen vom Eingang her fast alle anderen Eschner Minis in den Altarraum und sangen dort ihr Lied «Ja wir sind Minis ...». Danach gab es seitens des Vorbereitungsteams kleine Ansprachen, in denen das grosse Engagement des Seelsorgers seit dem 1. August vor zehn Jahren für die Pfarrei und ihre grosse Ministrantenschar gewürdigt wurde. Unter dem Applaus der Messebesucher wurde dem Pfarrer unter anderem ein von den Ministrantinnen und Ministranten zusammengestelltes Buch mit Bildern und Texten aus den vergangenen Jahren überreicht, in denen er von ihnen als «der beste Pfarrer der Welt» bezeichnet wurde. Bewegt dankte der Pfarrer und sprach seinerseits den Minis seinen Dank und seine Anerkennung für ihre treuen Dienste aus. Nach einem Gruppenfoto am Kircheneingang bekamen sie ein Glace, und die Gottesdienstbesucherinnen und -besucher auf dem Kirchplatz waren sich einig über die verdiente Ehrung. (Text: eps; Foto: VV)



Justizministerin Katrin Eggenberger: «Mit der Ausdehnung der Geltungsdauer bis Jahresende wollen wir Rechtssicherheit gewährleisten». (Foto: ZVG)

schlussfassungen mittels Zirkularbeschluss oder im Wege einer schriftlichen Abstimmung zu treffen», heisst es in der Mitteilung weiter. «Mit der Ausdehnung der Geltungsdauer bis Jahresende wollen wir Rechtssicherheit gewährleisten», wird Justizministerin Katrin Eggenberger in der Mitteilung zitiert. Um eine nahtlose Anwendbarkeit des Gesetzes zu ermöglichen, soll das Gesetz im September im Landtag behandelt werden. (red/ikr)

FORUMSBEITRAG

Staatsbürgerschaft
Gleiches Recht für alle!

Aus menschenrechtlicher und integrationspolitischer Sicht wird die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft befürwortet. Die Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats empfiehlt 2018: «den liechtensteinischen Behörden, neue Möglichkeiten für die politische Teilhabe ausländischer Einwohner zu eröffnen, ihre Pläne zur Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft umzusetzen und schrittweise die Anforderungen für die Einbürgerung zu erleichtern.» Studien z.B. der Eidgenössischen Migrationskommission (EKM) und des Liechtenstein-Instituts stellen fest, dass die doppelte Staatsbürgerschaft eine Stärkung der Demokratie bedeutet, weil dadurch ein grösserer Teil der Wohnbevölkerung am politischen Leben teilnehmen kann. In ihrer Studie von 2018 schreibt die EKM: «(es) gibt inzwischen eine

Vielzahl von wissenschaftlicher Evidenz, die zeigt, dass die Einbürgerung einen wichtigen Beitrag zur sozioökonomischen und politischen Integration von Immigrantinnen und Immigranten leistet.» Die von der Regierung und dem Verein für Menschenrechte in diesem Jahr veröffentlichte Migrationsstudie stellt fest, dass Liechtenstein ein Einwanderungsland ist. Sie befürwortet eine Erleichterung der Einbürgerung und die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft als Mittel zur Integration und verbesserten Teilhabe. Die ETH kommt in ihrer repräsentativen Studie von 2019 zum selben Ergebnis: «Die Einbürgerung wirkt wie ein Katalysator für die Integration.» Es geht also nicht darum, die Einbürgerung als Belohnung für Integration zu vergeben, sondern die Integration und Identifikation mit Liechtenstein u.a. durch Einbürgerung und politische Partizipation zu fördern. Dass der Zugang zur Doppelbürgerschaft in der aktuellen Vorlage

nicht für alle gleich geregelt wird, widerspricht aber dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung. Auch gemäss EMKR ist eine Ungleichbehandlung nur dann zu rechtfertigen, wenn sie objektiv und vernünftig begründet wird. In dieser Vorlage wird Drittstaatsangehörigen generell unterstellt, weniger integrationsfähig zu sein, was weiterhin höhere Hürden für die Teilhabe an der liechtensteinischen Gesellschaft rechtfertigt. Dies ist - entgegen der Argumentation in der Vorlage - eine diskriminierende Behandlung einer bestimmten Personengruppe und bekräftigt die Entscheidung 2013/009 des Staatsgerichtshofs, in der es heisst, «dass die Staatsangehörigkeit für sich allein noch kein genügender sachlicher Grund sei, um Menschen unterschiedlich behandeln zu können».

Verein für Menschenrechte

www.volksblatt.li

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürfen. (red)



glaara
STARREN

JO, ENI HANI GMONT. JETZ GLAAR NED SO DUARE.

Vereinsnachrichten

Verein pro Lawena Museum

Diesen Sonntag geöffnet

TRIESEN Verbinden Sie den Sonntagsspaziergang mit ihrer Familie und Freunden in erholsamer Natur mit einem Besuch im Lawena Museum. Das Museum liegt direkt am Liechtensteiner Jubiläumsweg. Gruppenführungen werden an den Tagen von Montag bis Samstag durchgeführt und können unter +423 373 28 39, +423 791 28 39 oder museumlawena@lkw.li oder muehlegarten.buechel@adon.li gebucht werden. Museumsführungen werden nach den Bedürfnissen der Besucher gestaltet und sind für Schulklassen, Familien, Vereine und Verbände gleichermaßen interessant. Die Ausstellung der elektrischen Geräte der letzten 100 Jahre, welche grösstenteils noch in Funktion sind,

werden Eltern wie auch ihre Kinder in Staunen versetzen. Wir sind mit «Abstand» das interessanteste Elektromuseum in der Region. Die Corona-Schutzmassnahmen werden selbstverständlich eingehalten. Der Verein pro Lawena Museum freut sich auf zahlreichen Besuch.



Das Lawena Museum. (Foto: ZVG)

Altes Kino Vaduz

Ab morgen im Kino: «Un Divan à Tunis»

VADUZ Nach der Revolution in ihrer tunesischen Heimat will eine junge Frau in Tunis eine Psychoanalyse-Praxis eröffnen. Aber aller Anfang ist schwer: Denn Selmas Landsleute betrachten ihr Vorhaben kritisch, und auch die Behörden legen ihr Steine in den Weg. Weil die eigene Praxis weiterhin auf sich warten lässt, entschliesst sich die resolute Frau, kurzerhand ihre Patienten in ihrem eigenen Zuhause zu empfangen. Und schon bald gehen die unterschiedlichsten Personen in Selmas improvisierter Praxis ein und aus, um sich ihren Kummer von der Seele zu reden. Un divan à Tunis - Samstag, den 29. August, bis Montag, 31. August, jeweils um 20 Uhr im Alten Kino.



Das Alte Kino in Vaduz zeigt bis Montag den Filme «Un Divan à Tunis». (Foto: ZVG)

Ziel: Kondolenzbriefkasten Täterschaft ist unbekannt – Polizei sucht nun Zeugen

SCHAAN Eine unbekannte Täter-schaft hat am Mittwoch in der Aufbewahrungshalle beim Friedhof in Schaan versucht, einen Kondolenzbriefkasten aufzubrechen, wie die Landespolizei am Freitag mitteilte. Demnach war die Täterschaft zwischen 15.30 und 17 Uhr aktiv. Personen, die sachdienliche Angaben zu dieser machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei zu melden (Tel.: +423 236 71 11; E-Mail: info@landespolizei.li). (red/pd)

Einschleichen Mann lief in Haus und sackte Geld und Schmuck ein

SCHAAN Ein unbekannter Mann hat am Donnerstag gegen 15.30 Uhr ein Wohnhaus durch eine verschlossene, aber nicht abgesperrte Kellertür betreten und schliesslich Bargeld und Schmuck aus Behältnissen im Wohnzimmer entwendet. Das teilte die Landespolizei am Freitag mit. Als er das Haus verliess, wurde er von der Besitzerin ertappt. Daraufhin gab der unbekannt Mann an, dass er Arbeit suchen würde. Laut der Polizei entstand ein Vermögensschaden in der Höhe von mehreren Hundert Franken. (red/pd)

Aus der Region Motorradfahrer fuhr in Seniorin

GAMS Ein 82-jährige Fussgängerin ist am Donnerstagmittag in Gams von einem 50-jährigen Motorradfahrer angefahren worden. Die Frau wurde



(Foto: ZVG/KAPOS)

mit unbestimmten Verletzungen ins Spital gebracht, teilte die Kantonspolizei St. Gallen am Freitag mit. Demnach fuhr der Mann von Wildhaus gen Grabs und wurde laut eigenen Angaben so von der Sonne geblendet, dass er die 82-Jährige übersah, die mit ihrem Hund über den Fussgängerstreifen lief. Der 50-Jährige brems-te folglich zu spät und sein Motorrad kollidierte frontal mit der Fussgängerin, die dadurch stürzte und auf der Strasse liegen blieb. (red/pd)

ANZEIGE

www.fotokurs.li



FOTO KAUFMANN

Landstrasse 25, FL-9494 Schaan
Telefon +423 232 07 79
service@foto-kaufmann.li, www.foto-kaufmann.li

Auch Liechtenstein kann bei der Rassismusbekämpfung noch lernen

Buchpräsentation Ein neuer Handkommentar zum Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD) soll den wichtigen Vertrag zugänglicher machen. Am Freitag stellte das Liechtenstein-Institut das Buch gemeinsam mit der Co-Herausgeberin in den Räumen der Flüchtlingshilfe in Vaduz vor.

VON SEBASTIAN ALBRICH

International haben die Vorfälle von Polizeigewalt gegen dunkelhäutige Menschen in den USA das Thema Rassismus im Allgemeinen und speziell strukturellen Alltagsrassismus wieder ins Rampenlicht gerückt. Doch auch Liechtenstein bleibt von Rassismus nicht verschont. Auch wenn bereits längere Zeit keine rassistischen Straftaten mehr verzeichnet wurden, ist und bleibt Alltagsrassismus auch hierzulande ein Thema (das «Volksblatt» berichtete). So gingen beispielsweise beim Verein für Menschenrechte im vergangenen Jahr vier Beschwerden wegen rassistischer Diskriminierung ein, wie dessen Geschäftsführerin Alicia Längle, an der Präsentation des ICERD-Handkommentars berichtete. Direkte Beschimpfungen waren dabei selten, doch gerade Diskriminierung bei der Jobsuche und in Stellenausschreibungen werde vermehrt an den Verein herangetragen. Auch die Flüchtlingshilfe ist wiederholt mit solchen Fällen konfrontiert - hinzu komme, dass sie nachträglich über den zuvor vereinbarten Lohn kämpfen müssten. Laut Maja Marxer-Schädler, Präsidentin der Flüchtlingshilfe, hätten die Bewohner des Heims zudem immer wieder Probleme bei der Wohnungssuche: «Man sucht Familien für grössere Wohnungen und wenn wir uns für eine Familie aus Somalia melden, dann hat der Block schon eine Familie und man suche für die Wohnung nun doch keine Familie mehr.»

Zum besseren Verständnis

Damit solche Erlebnisse der Geschichte angehören, wurde 1965 das ICERD verabschiedet, mit dem sich die Unterzeichnerstaaten der Bekämpfung von Diskriminierung, Hautfarbe, Abstammung, nationaler und ethnischer Herkunft, verschreiben. Liechtenstein ist seit 2000 einer der nun insgesamt 182 Unterzeichnerstaaten. Die obengenannten Beispiele zeigen jedoch, dass der Weg weltweit noch nicht zu Ende gegangen ist. «Das zeigt, wie aktuell und wichtig die 1965 verabschiedete Konvention heute noch ist und gleichzeitig wie wichtig ein Handkommentar zur Konvention ist», unterstrich Aussenministerin Katrin Eggenberger an der Buchvorstellung. Denn er erleichtere den Zugang zu diesem wichtigen Menschenrechtsabkommen und zeige wie rassistische Praktiken angeprangert und bekämpft werden können. Gleichzeitig zeigt er auf, wo viele der in den 1960er formulierten Verbote und Regelungen auch heute noch greifen, wie die Co-Herausgeberin des Kommentars, Do-



Die Referenten (oben, v. l.): Christian Frommelt, Alicia Längle, Maja Marxer-Schädler, Regierungsrätin Katrin Eggenberger, Doris Angst und Wilfried Marxer. Unten links: Co-Herausgeberin Doris Angst stellt das ICERD und den Handkommentar vor. Unten rechts: Politologe Wilfried Marxer referiert zum liechtensteinischen Länderbericht. (Fotos: Michael Zanghellini)

ris Angst, argumentierte. Sie zog dabei das Verbot der Rassentrennung und Apartheid heran, das auch heute noch die Ghettoisierung, die Abtrennung von Einwandergruppen entlang sozialer Linien oder durch unterschiedliche Lebenshaltungskosten (Mieten) in bestimmten Stadtteilen, anwenden lasse.

Vorgehaltener Spiegel

Dem für die Einhaltung des ICERD zuständigen Ausschuss aus internationalen Menschenrechtsexperten stehen zur Kontrolle und Bekämpfung solcher Praktiken drei wesentliche Instrumente zur Verfügung: Einerseits nimmt der Ausschuss individuelle Beschwerden von Personen und Gruppen gegen einzelne Staaten entgegen und rügt diese bei Vertragsverstössen. Andererseits gibt er auch allgemeine Empfehlungen heraus, die als Richtlinien für die Vertragsstaaten dienen. Bislang seien laut Angst 35 solcher Empfehlung ausgesprochen worden. Die letzte nahm sich

der Hassrede an. Eine Problematik, die auch Leserbrief und Onlinekommentare hierzulande plagt. Eine 36. Empfehlung zu Polizei- und Zollkontrollen aufgrund von Hautfarbe («Racial Profiling») sei schon in Arbeit, so die Co-Herausgeberin weiter. Auf staatlicher Ebene haben sich die Vertragsstaaten zudem theoretisch verpflichtet, alle zwei Jahre in einem Länderbericht über den Stand der Bekämpfung von Rassendiskriminierung zu informieren. Viele hinken hier jedoch hinterher. So hätten manche Staaten noch nicht einmal den ersten Bericht eingereicht, wie der Politologe Wilfried Marxer, der für den Handkommentar einen Beitrag zum liechtensteinischen Länderbericht verfasst hat, unterstreicht. Liechtenstein selbst sei ebenfalls mit Verzögerung unterwegs. Der letzte Länderbericht wurde 2011 erstellt, ein aktueller ist aber bereits in Ausarbeitung. Das Monitoring sei jedoch wichtig. Es gebe Impulse und halte auch Liechtenstein den Spiegel vor,

was wiederum innenpolitische Aktivitäten auslöse: «Auch wenn wir glauben, wir sind auf der sicheren Seite, denn Rassismus sei hierzulande kein Thema und wir haben ja keine nationalen Minderheiten, ist es doch interessant, was von aussen für eine Rückmeldung kommt», so Marxer. Denn neben diversen Gesetzesanpassungen und Anti-Extremismus-Projekten, sei auch der Verein für Menschenrechte, der heute hier sein Statement präsentiert und auch selbst an den ICERD-Ausschuss berichten kann, aus einem solchen Impuls entstanden.



Über das Buch

«ICERD. Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Handkommentar.» herausgegeben von Doris Angst und Emma Lantschner. ISBN: 978-3-03891-219-4

28 Prozent der Primarschüler wählten «Ethik und Religionen»

Glaube Obwohl Primarschüler seit vergangenem Jahr das Fach «Ethik und Religionen» wählen können, entschieden sich rund drei Viertel noch für den «traditionellen» Religionsunterricht. In der Sekundarstufe tun dies seit Jahren die wenigsten.

VON MICHAEL WANGER

Obwohl viele die Zusammengehörigkeit von Kirche und Staat seit Jahren infrage stellen, ist der Religionsunterricht an Schulen nach wie vor ein

fester Bestandteil - er ist sogar im Gesetz verankert. Das bedeutet aber nicht, dass alle Schüler zwingend den römisch-katholischen Unterricht besuchen müssen. Bereits seit Jahren können Sekundarschüler nämlich auch das konfessionsübergreifende Fach «Ethik und Religionen» wählen. Diese Alternative wird rege genutzt: Wie Rachel Guerra vom Schulamt auf «Volksblatt»-Anfrage berichtet, besuchten dieses Fach in den vergangenen 10 Jahren zwischen 85 und 90 Prozent aller Schüler. Seit der Einführung des neuen Lehrplans «LiLe» im Schuljahr 2019/20 haben nun auch die Primarschüler die Wahl zwischen konfessionellem Unterricht oder «Ethik und Religio-

nen». Es zeigt sich, dass sich Kinder in diesem Alter noch verstärkt für einen Glauben entscheiden: «Im laufenden Schuljahr besuchen 72 Prozent aller Primarschüler den konfessionellen Religionsunterricht. Davon wählten 2,7 Prozent das evangelische Fach», sagt Guerra. Demnach entschied sich nur etwa jeder vierte Primarschüler für das neue Fach «Ethik und Religionen».

Zwischen Religion und Philosophie

Aber was unterscheidet das neue Fach vom «traditionellen» Religionsunterricht? Gemäss «LiLe» sollen sich die Schüler im Fach «Ethik und Religionen» einerseits mit philosophischen Fragen auseinanderset-



In den Primarschulen erhält das neue Fach «Ethik und Religionen» derzeit nicht so viel Zulauf wie in den weiterführenden Schulen. (Symbolfoto: Shutterstock)

zen. Etwa was menschliche Werte und Normen sind und wie sie diese vertreten. Andererseits sollen die Schulkinder den Einfluss der Religi-

onen auf die Kultur und die Gesellschaft erkennen und begründen, wie dies mit gewissen Weltansichten zusammenhängt.

Geeinter Kampf gegen Rassismus

In den Räumen der Flüchtlingshilfe Liechtenstein wurde der Leitfaden durch eines der UNO-Menschenrechtsabkommen präsentiert.

Noah Gross

Unter der organisatorischen Leitung des Liechtenstein-Instituts wurde gestern das erste deutschsprachige Buch zum Menschenrechtsvertrag der Beseitigung von Rassendiskriminierung (ICERD) vorgestellt, dessen Vertragsstaaten mittlerweile sämtliche Staaten Europas inkludieren. Liechtenstein trat im Jahr 2000 bei. Der 700-seitige Handkommentar interpretiert dabei die Anwendung sowie Umsetzung des Vertrages und soll als nützliche Guideline durch den im ICERD enthaltenen Beschwerdemechanismus dienen können. Den Länderbericht Liechtensteins präsentierte dessen Autor Wilfried Marxer.

Diskriminierung nach wie vor ein Problem

Aussenministerin Katrin Eggenberger gebührte das Grusswort und sie bekräftigte den hohen Stellenwert des Schutzes der Menschenrechte in Liechtenstein. Derzeitige Ereignisse auf der Welt würden jedoch erneut ein Schlaglicht auf die Thematik der Diskriminierung werfen und man frage sich, wie so etwas in der heutigen Zeit noch geschehen könne. «Das Buch zeigt auf, wen die Konvention schützt und wie man den Schutz geltend machen kann.»



Länderbericht-Autor Wilfried Marxer.

Zudem sei es ein Ausdruck der engen Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und den Nachbarstaaten.

Liechtenstein wird der Spiegel vorgehalten

Ein Teil des Werkes bilden die Länderberichte aus den deutschsprachigen Ländern. Das Inkrafttreten des Vertrages datiert in Liechtenstein auf das

Jahr 2000. Man übernahm dann 2004 auch das individuelle Beschwerdeverfahren. Das Mittel ist somit gesetzlich verankert und einsetzbar. Jedoch sei es laut Marxer noch zu keiner Entscheidung gekommen, die vornehmlich auf dem Artikel der Konvention basiere. Dieser Artikel würde jedoch anderweitig in Rechtsprechungen miteinbezogen.



Der Leitfaden durch das ICERD.

Bilder: Tatjana Schnalzer

Marxer betonte, dass das Abkommen für den Staat sehr wichtig sei, da man durch das Monitoring mittels Situationsberichten wertvolles Feedback erhalten würde. Daraus folgten in Liechtenstein Anpassungen im Strafbuch, die Bildung einer unabhängigen Menschenrechtsorganisation oder Massnahmen gegen Extremismus. Zudem übte der

Ausschuss beispielsweise auch Kritik an der schwachen Datenlage Liechtensteins sowie zum Aufenthalts- und Einwohnerrecht.

Verpflichtung zum Handeln gegen Diskriminierung

Co-Herausgeberin des Buches, Doris Angst, gab Aufschluss über die Funktionsweise des Vertrages. Das internationale

Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, wie der Vertrag in Langform heisst, beschäftigt sich laut Artikel 1 mit: «Jeder auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhenden Unterscheidung, Ausschliessung, Beschränkung oder Bevorzugung.» Das Kontrollorgan bildet der UN-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung, kurz CERD. Die Vertragsstaaten, so auch Liechtenstein, haben Berichte über den Stand der Dinge innerhalb der eigenen Grenzen einzureichen. Diesen Berichten folgen Empfehlungen durch den Ausschuss, um Lücken in der Umsetzung zu schliessen. Zudem gibt der Ausschuss allgemeine Empfehlungen zu übergreifenden Themen ab, welche den Staaten als Leitlinie dienen sollen. Ein weiteres durch den Vertrag festgelegtes Instrument stellt das in Artikel 14 beschriebene individuelle Beschwerdeverfahren dar. Dieses muss der jeweilige Vertragsstaat ausdrücklich anerkennen, was laut Angst neben Liechtenstein mehr als zwei Drittel der europäischen Staaten getan hätten.

Am Buch beteiligten sich in einem mehrjährigen Projekt insgesamt 29 Autoren.

Ein Magazin zu Ehren einer der wichtigsten Mitgliedschaften

Seit 30 Jahren ist Liechtenstein Mitglied der Vereinten Nationen und schuf durch sein Engagement eine wichtige Behörde.

Vor 30 Jahren trat Liechtenstein den Vereinten Nationen (UNO) bei. Aus diesem Anlass widmete das Amt für Auswärtige Angelegenheiten (AAA) die neueste Ausgabe des Insight-Magazins diesem Ereignis. Das schlicht gehaltene Heft präsentiert geschichtliche Hintergründe, Zitate von Personen, die bereits mit der UNO in Kontakt gekommen sind, und gibt Ausblicke in die Zukunft. Es kann auf der Internetseite der Landesverwaltung durchgelesen werden.

«Nur im Rahmen der UNO sitzen alle Staaten an einem Tisch», sagte Aussenministerin Katrin Eggenberger an der gestrigen Vorstellung des Magazins. Damit sprach sie auch eine der wichtigsten Funktionen der UNO an. Sie unterstützt den Multilateralismus massgeblich. Das bedeutet: Mehrere Staaten sprechen ihre Politik miteinander ab und handeln gleichbe-



Regierungsrätin Katrin Eggenberger und Martin Frick, Leiter Amt für Auswärtige Angelegenheiten, stellen das neueste Magazin vor. Bild: ikr

rechtigt gemeinsam, wobei jeder einzelne Staat ungeachtet seiner Grösse eine Stimme besitzt. Jedes Jahr im September passiert genau das an der UNO-Generalversammlung in New York City. In diesem Jahr findet

das Treffen jedoch virtuell statt. Liechtenstein konnte dank seiner Mitgliedschaft in den vergangenen 30 Jahren so manches bewirken. So nimmt der Kleinstaat vor allem im Bereich der internationalen Strafjustiz

eine führende Rolle ein. Im Magazin steht: «Dank Liechtensteins Kampagne kann der Internationale Staatsgerichtshof heute auch das Verbrechen der Aggression strafrechtlich verfolgen.»

Ebenfalls unterstützen heute knapp zwei Drittel der UNO-Mitglieder den von Liechtenstein entworfenen Verhaltenskodex zur Verantwortung des Sicherheitsrates. Damit sollen schwerste Verbrechen verhindert werden.

Entscheidende Rolle für den Syrien-Mechanismus

Vor allem spielte Liechtenstein bei der Schaffung des Syrien-Mechanismus eine entscheidende Rolle. Er ist eine zentrale Anlaufstelle in Genf, wo Beweismittel und Informationen für in Syrien begangene Gräueltaten aufgearbeitet werden. Daraus erarbeiten die Mitarbeitenden Fallakten, die Strafverfol-

gungsbehörden als Grundlage für Prozesse dienen.

Liechtenstein unterstützt wichtige Initiative

Doch auch bei den Vereinten Nationen läuft nicht alles reibungslos ab. Vor allem der UN-Sicherheitsrat wurde in der Vergangenheit immer wieder kritisiert. Aufgrund der Veto-Privilegien der fünf ständigen Mitglieder, Frankreich, Russland, die USA, China und das Vereinigte Königreich, wird der Sicherheitsrat als Zweiklassen-Club angesehen. Denn die gewählten Mitglieder haben dadurch nur begrenztes Mitspracherecht, da jedes der ständigen Mitglieder das Vetorecht besitzt. Dadurch können sie wichtige Entscheidungen blockieren. Liechtenstein unterstützt derzeit eine Initiative, die das Kräfteverhältnis zwischen Sicherheitsrat und Generalversammlung langfristig

«austarieren soll», wie es im Insight heisst. So soll sich die Generalversammlung bei jedem Veto im Sicherheitsrat automatisch zu einer offenen Diskussion zum vorliegenden Thema treffen.

In diesem Jahr steht im Zuge der UNO-Mitgliedschaft noch einiges auf der Agenda. Die Aussenministerin leitet das liechtensteinische Ministertreffen zur Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs. Welchem in diesem Jahr angesichts der US-Sanktionen gegen das Gericht besonders hohe Bedeutung zukommt.

Klar ist: Durch die Mitgliedschaft bei der UNO konnte Liechtenstein nicht nur Partnerschaften vertiefen, sondern es wurden dadurch auch Türen zur Staatengemeinschaft geöffnet, die ansonsten vielleicht nicht offen gegangen wären.

Susanne Quaderer



BOXSPRING NEUHEITEN

MATRATZEN FESTIVAL

JETZT FESTIVAL PREISE!

MATRATZE JUBILÉ
STATT CHF 1'450.-
NUR CHF 980.-

möbelmärki.swiss

möbel märki

Rickenbach b. Wil Breitestr. 5 • Volketswil Industriestr. 13

LESERMEINUNGEN

**Auch für Casino
Werbung auf LED-
Tafel der Gemeinde**

Die Verkehrsteilnehmer kennen die Wechseltaxianzeigen im Strassenverkehr vor allem von Autobahnen. Sie dienen der Verkehrssicherheit und informieren über die aktuelle Verfügbarkeit des Strassennetzes. Einige Gemeinden in Liechtenstein betreiben seit Jahren auch eigene LED-Anzeigetafeln, auf denen Informationen von öffentlichem Interesse angezeigt werden. Aber ist es wirklich notwendig, dass immer mal wieder Reklamen für Firmen geschaltet werden? So geschehen beispielsweise am vergangenen Freitag in Balzers für einen Casino-betrieb.

Mario Schädler,
Lowal 33, Balzers

**Debatte über Drogen
Gratulation an
die Mitglieder
des Jugendrates!**

An der letzten Jugendsession wurde u.a. über das Thema «Drogen» diskutiert. Gemäss Medien resultiert daraus unter anderem der Antrag «Drogenproblematik», der die Schaffung einer Drogenanlaufstelle fordert. Offenbar verfügt die Liechtensteiner Jugend in dieser Angelegenheit über mehr Mut zur Wahrheit, als so manche erwachsene Person. Bravo, das schenkt mir Hoffnung. Macht weiter so! Allerdings stimmt es mich nachdenklich, dass bei diesem landesweit bekannten Problem zuerst die Jugendlichen agieren und konkrete Forderungen stellen müssen. Gemäss Medienbericht verfolgte unter

anderem ein stellvertretender Landtagsabgeordneter die Jugendsession. Diese Person hat beruflich täglich mit Jugendlichen zu tun – nämlich als Schulsozialarbeiter. Verfügt man an dieser Stelle nicht über Informationen ab Quelle? Spürt man da nicht, wo den Jugendlichen der Schuh drückt?

Liebe Landtagsabgeordnete, bitte unterstützen Sie die couragierte Arbeit der Jugendlichen!

Carmen Sprenger-Lampert,
Landstrasse 333, Triesen

**Triesenberger Zentrum
Anmeldeschluss
Dorfcafé**

Der Gemeindevorsteher lädt die Bevölkerung beim Thema Dorfzentrumserweiterung ein zum «Midmacha, Midreda, Midschtaalta». Dabei haben er und der Gemeinderat schon fast alles entschieden, das Siegerprojekt genehmigt, den Folgeauftrag vergeben, den Eingangsbereich des Museums abgebrochen und umgestaltet. Insgesamt wurden bereits rund eine halbe Million Franken ausgegeben. An diesen Beschlüssen ändert die nachträgliche Befragung der Bevölkerung beim «Dorfcafé» nichts mehr.

Ich wehrte mich in den vergangenen Monaten vor allem mit Leserbriefen gegen die meiner Ansicht nach unsinnigen Beschlüsse der jetzigen Gemeindevertretung. Die Frage, warum ich nicht mit dem Vorsteher oder den Gemeinderäten darüber persönlich spreche, ist berechtigt, aber einfach zu beantworten: Im November 2019 teilte mir der Vorsteher schriftlich mit, dass er an einer Aussprache mit mir nicht interessiert sei. In einem «Vaterland»-Interview sagte er kürzlich zum wiederholten Mal, dass ich Unwahrheiten verbreite, diesmal in Sa-

chen Dorfzentrumserweiterung. Er sagt aber nicht, zu welchem Punkt oder zu welchen Punkten ich in den verschiedenen Leserbriefen oder im aktuellen Youtube-Film auf dem Kanal «Bäürger Teema» die «Unwahrheit» sage. Dies trotz meiner Aufforderung, die angeblichen «Lügen» öffentlich zu machen. Sein «Kollege» Stefan Gassner, der frühere Vize-Vorsteher und Gemeinderat, bläst ins selbe Horn. Er schreibt auf Facebook: «Leider stimmt das meiste so im Film nicht! Aber ist halt so beim Klaus!» - Ich könnte gegen beide eine gerichtliche Beleidigungsklage einreichen, weil mich beide Gemeindevertreter wissenschaftlich falsch und unbegründet der «Unwahrheit», also der Lüge bezichtigten. Eine sachliche Auseinandersetzung liegt mir aber näher als eine Beleidigungsklage. Meine Meinung zum geplanten Abbruch des Walser-Heimatmuseums und des ehemaligen Postgebäudes zugunsten eines grossen Festplatzes ist über den YouTube-Kanal «Bäürger Teema» bekannt. Es ist also nicht notwendig, dass ich beim Dorfcafé meine Meinung nochmals erkläre. Trotzdem habe ich mich für den 3. Oktober angemeldet. Dies natürlich in der Hoffnung, dass möglichst viele «Gleichgesinnte» die Anmeldefrist von diesem Freitag, 25. September, nicht verpassen.

Klaus Schädler,
Hagstrasse 12, Triesenberg

**Verein f. Menschenrechte
Das Rassismuskartell**

Man ist es schon gewohnt, dass da mittlerweile jeden Tag irgendjemand aufkreuzt und meint, er oder sie müsse der Allgemeinheit, aus Gründen der höheren Moral, an den Karren fahren. Täglich findet sich irgendwo - man kann getrost Wet-

ten darauf abschliessen - irgendein Artikel, eine Ansprache, ein Bericht, wo ein, in der Regel ganz bestimmter Teil der Menschheit, als ewige Rassisten oder ruchlose Urheber irgendwelcher sonstiger Kapitalverbrechen, an irgendeiner aus dem mittlerweile wahren Ozean an Opfergruppen, angeklagt wird. Sei's drum! Aber allem Gleichmut, aller Abhärtung zum Trotz, gibt es dann doch noch ab und zu den kurzen Moment, wo man den Wahrnehmungen der eigenen Sinne misstraut. So zum Beispiel am vergangenen Samstag auf Seite 3 im «Volksblatt» unter dem Titel «Auch Liechtenstein kann bei der Rassismuskämpfung noch lernen.» Bereits in der Einleitung liest man dort: «(...) Doch auch Liechtenstein bleibt vom Rassismus nicht verschont. Auch wenn bereits längere Zeit keine rassistischen Straftaten mehr verzeichnet wurden, ist und bleibt Alltagsrassismus auch hierzulande ein Thema (...). So gingen beispielsweise beim Verein für Menschenrechte im vergangenen Jahr vier Beschwerden wegen rassistischer Diskriminierung ein (...)» Ich meine, das muss man sich einmal vorstellen! Da stellt einer in einem Atemzug nüchtern fest, dass bereits «längere Zeit keine rassistischen Straftaten mehr verzeichnet wurden», hat dann aber trotzdem den Nerv, daraus zu folgern, dass «Alltagsrassismus auch hierzulande ein Thema», nein, nicht nur ist, sondern auch noch bleibt! Dass er dann noch die Unverfrorenheit hat, diesen «Alltagsrassismus» durch ganze vier (!) Beschwerden, die beim Verein für Menschenrechte im vergangenen Jahr eingegangen sind, belegen zu wollen, verdient beinahe schon wieder einen gewissen Respekt. Wer würde sich das normalerweise bei klarem Verstand schon trauen? «Wenn schon nicht uns, dann respektiert doch wenigstens die Lo-

gik!», möchte man rufen. Wobei, die Logik hat sie noch nie gekümmert und wird sie nie kümmern. Das ist eines der Privilegien ihrer Positionen. Das ist für sie der berühmte Sack Reis, der irgendwo in China gerade umgefallen ist. Wichtiger ist aber ohnehin, sich über die Bedeutung und Konsequenz ihrer Botschaft klar zu werden. Die Botschaft lautet: «Was Rassismus ist und wann Rassismus ist, entscheiden wir. Wir haben dieses Thema besetzt und wir denken nicht daran, es je wieder aus der Hand zu geben. Wir setzen die Regeln.» Die Frage für Sie wird sein: «Lassen Sie sich einschüchtern?» Ich hoffe nicht! Setzen Sie sich zur Wehr!

Hans Mechnig,
Tröxlleggass 46, Schaan

**In eigener Sache
Hinweis zu Leser-
briefen und Foren**

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) zu respektieren. Die Redaktion behält es sich in jedem Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren und kann darüber keine Korrespondenz führen. Wir bitten darum, uns die Leserbriefe - inklusive der vollen Anschrift des Unterzeichners - bis spätestens 16 Uhr zukommen zu lassen. Für die Rubrik «Forum» gilt, die 3000-Zeichen-Marke nicht zu überschreiten.

redaktion@volksblatt.li

ANZEIGE

TOPJOB.li

Dein Erfindergeist, deine
Beharrlichkeit und
deine lebenslange
für uns immer ein Vorbild.
Du hast deine
langjährige Krankheit,
ohne dich jemals zu beklagen,
geduldig ertragen.



In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem geliebten Vater, Ehni und Bruder

Anton Kunz

12. Juni 1936 - 21. September 2020

Triesenberg, den 21. September 2020

In stiller Trauer:

Christian, Brigitte, Florentin, Leoni
Stephan
Bernhard, Franziska, Smilla, Elin
Herbert, Irmgard, Bernhard
Verwandte, Freunde und Bekannte

Die Gedächtnismesse findet am Freitag, den 25. September 2020, um 19.15 Uhr, in der Pfarrkirche in Triesenberg statt.

Die Urnenbeisetzung findet am Montag, den 28. September 2020, um 9.30 Uhr, in der Pfarrkirche in Triesenberg statt.

Traueradresse: Fam. Kunz, Rossbodastr. 22, 9497 Triesenberg

Und wenn du dich getröstest hast,
wirst du froh sein, mich gekannt zu haben.
Du wirst immer mein Freund sein.
Du wirst dich daran erinnern,
wie gerne du mit mir gelacht hast.

Antoine de Saint-Exupéry

HERZLICHEN DANK

Die grosse Anteilnahme und die herzliche Verbundenheit, die wir beim Abschied von unserer lieben

Ursula Steiner-Steffens

15. Juni 1938 - 11. Juni 2020

erfahren durften, haben uns tief bewegt und uns Kraft und Trost gegeben. Herzlichen Dank für alle Schreiben, Gedanken und Gebete, für die Spenden an den Verein Demenz Liechtenstein und für die weiteren Zuwendungen.

Wir danken allen Freunden, Verwandten und Nachbarn, die unserer Mama zeitlebens verbunden waren. Frau Christine Mathis sind wir von Herzen dankbar dafür, dass sie es wunderbar verstanden hat, unsere Mama in der letzten Zeit zu unterstützen.

Herrn Pfarrer Marcel Wildi danken wir für die einfühlsame Gestaltung der Abschiedsfeier und Beerdigung im engen Familienkreis. An Frau Jasmine Vollmer geht ein grosses Dankeschön für die Harfenmusik, die unsere Mama so gerne gemocht hätte.

Schaan, Zürich, Langnau, im September 2020

Die Trauerfamilien

Eine Polizistin und ein Polizist vereidigt

Die Vereidigung nahm Regierungschef Adrian Hasler im Beisein von Innenministerin Dominique Hasler und Polizeichef Jules Hoch vor.

Die zwei Polizeiaspiranten des Ausbildungsjahres 2019/20 der Polizeischule Ostschweiz/Liechtenstein sind mit diesem Akt offiziell in die Landespolizei aufgenommen worden. Sie wären die ersten Aspiranten gewesen, welche eine zweijährige Ausbildung absolviert hätten. Allerdings hat die Schweiz aufgrund der Coronakrise entschieden, das neue Prüfungsreglement (zweijährige Ausbildung) erst mit Lehrgang 2020/22 umzusetzen.

Während der Vereidigung im Regierungsgebäude wiesen Regierungschef Adrian Hasler und Regierungsrätin Dominique Hasler auf den hohen Stellenwert gut ausgebildeter Polizisten hin. «Die Ausübung des Polizeiberufes ist verbunden mit grosser Verantwortung, denn «Sicherheit» ist ein zentraler Werte-

begriff in einer demokratischen Gesellschaft und wesentliche Voraussetzung für alle Bereiche des Lebens», betonte die Innenministerin. Der Regierungschef und die Innenministerin gratulierten den beiden neuen Korpsmitgliedern der Landespolizei zum Prüfungserfolg in schwierigen Zeiten und wünschten ihnen alles Gute für ihre anspruchsvolle Tätigkeit.

Anspruchsvolle Ausbildung

Polizeichef Jules Hoch betonte in seiner Ansprache, dass Sicherheit nur mit qualifiziertem Personal möglich ist: «Der Ausbau der Polizeigrundausbildung auf zwei Jahre belegt die steigenden Anforderungen an diesen Beruf. Da die Ausbildung infolge der Pandemie im Frühjahr jedoch auf ein Jahr verkürzt wer-



Regierungsrätin und Innenministerin Dominique Hasler, Polizeichef Jules Hoch, die vereidigten Polizeiangehörigen Elena Büchel und Mathias Ospelt, Regierungschef Adrian Hasler (v. l.). Bild: ikr

den musste, wird das erste Dienstjahr bei der Landespolizei als zusätzliche Praxisausbildung konzipiert», erklärte der Polizeichef.

Elena Büchel und Mathias Ospelt absolvierten ihre einjährige Ausbildung an der Polizeischule Ostschweiz PSO in Amriswil unter erschwerten Coronabedingungen. Während die theoretischen und taktischen Grundlagen der Polizeiarbeit auch unter Home-Schooling-Bedingungen vermittelt werden konnten, war dies für handlungspraktische Fächer nur sehr reduziert möglich. So musste auch das zweimonatige Praktikum im Stammkorps abgesagt werden. Aus diesem Grund wird das erste Dienstjahr noch für eine vertiefte Praxisausbildung bei der Landespolizei genutzt werden. (ikr)

«Null Toleranz» für jede Form von Extremismus

Das vergangene Jahr war im Bereich Extremismus ein «ruhiges», hält das Liechtenstein-Institut in seinem Monitoringbericht 2019 fest.

Der Monitoringbericht «Extremismus in Liechtenstein», der gestern veröffentlicht wurde, fällt aus Sicht der Verantwortlichen positiv aus. Wie in den Jahren zuvor könne auch das vergangene Jahr als ruhiges Jahr bezeichnet werden. Während die rechte Szene in Liechtenstein in früheren Jahren sehr aktiv und öffentlich präsent war, wurden Flugblattaktionen und ähnliche öffentlichkeitswirksame Ereignisse im vergangenen Jahr keine registriert.

Drei politisch-religiös motivierte Delikte

Gemäss dem Jahresbericht der Landespolizei Liechtenstein kam es im Jahr 2019 zu keinen registrierten Gewaltverfällen im Bereich des Rechtsextremismus. Im Jahresbericht der Landespolizei heisst es zum Thema «Rechte Gewalt»: «Wie in den Jahren zuvor kann auch das Jahr 2019 im Bereich des Rechtsex-

tremismus als ruhiges Jahr bezeichnet werden. Seit vielen Jahren sind in Liechtenstein weder grössere Gewaltverfälle noch strafrechtlich relevante Ereignisse mit rechtsextremem Hintergrund zu verzeichnen. Für die Landespolizei gilt in Bezug auf jede Form von Extremismus ein Null-Toleranz-Ansatz.» Laut Kriminalstatistik wurden im vergangenen Jahr insgesamt drei politisch-religiös motivierte Delikte festgestellt. Der Statistik der angezeigten Fälle zufolge erfüllten zwei dieser Delikte den Tatbestand der Diskriminierung und einer den Tatbestand des verbotenen Nachrichtendienstes. 2019 wurde wie bereits im Vorjahr kein Ordnungsdelikt festgestellt. Unter «Terrorismus» wurde wie in den Vorjahren kein Straftatbestand in der Kriminalstatistik erfasst. Die Staatsanwaltschaft leitete 2019 zwei Verfahren wegen Rassendiskriminierung ein, wobei beide Verfahren eingestellt wurden. Eine Auseinandersetzung mit Extremismus, Terrorismus und insbe-



In früheren Jahren sehr aktiv, in den vergangenen ohne nennenswerte Ereignisse: die rechtsextreme Szene Liechtensteins. Symbolbild: iStock

sondere auch mit dem Nationalsozialismus fand laut Liechtenstein-Institut im vergangenen Jahr in zahlreichen Pressebe-

richten sowie auf «verschiedenen Ebenen» statt. «Die Beschäftigung mit der Vergangenheit und den negativen Folgen extremistischer Politik kann dazu beitragen, die Leserschaft zu sensibilisieren.» Regelmässig seien Berichte über politische Vorstösse, Entwicklungen, Entscheidungen oder Kontakte Liechtensteins mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen erschienen.

Thematiken standen wiederholt im Mittelpunkt

Die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismus stand 2019 zudem im Zentrum. «In zahlreichen Berichten und Anträgen der Regierung an den Landtag und den folgenden Debatten waren die Bekämpfung von Terrorismus, Terrorismusfinanzierung und Rassismus ein Teilaspekt der betreffenden Gesetzesvorhaben», schreibt das Liechtenstein-Institut. Auch im

Kulturbetrieb habe eine Auseinandersetzung mit Extremismus und Rassismus stattgefunden, wobei sich dies in Filmen, Buchpräsentationen, Theateraufführungen, Konzerten oder literarischen Kolumnen widerspiegelte. Wie in den Jahren zuvor könne auch das Berichtsjahr 2019 in Bezug auf politischen oder sonstigen Extremismus in Liechtenstein als ruhiges Jahr bezeichnet werden: «Seit mehreren Jahren sind in Liechtenstein weder grössere Gewaltverfälle noch strafrechtlich relevante Ereignisse mit extremistischem Hintergrund zu verzeichnen», so das Fazit des Liechtenstein-Instituts.

Bianca Cortese

Hinweis

Der Monitoringbericht 2019 kann unter www.liechtenstein-institut.li heruntergeladen werden.



#HebenSorg www.hebensorg.li



**Gründlich
Hände waschen**



**Hände schütteln
vermeiden**



**In die Armbeuge
husten und niesen**



Abstand halten



**Symptome?
Zuhause bleiben,
Hotline anrufen
+423 235 45 32**





Glaube Firmung mit Erzbischof Wolfgang Haas gefeiert

ESCHEN In Eschen wurde am Sonntag die heilige Firmung mit Erzbischof Wolfgang Haas begangen. Den eigenständigen Eintritt in die katholische Kirche – gestärkt durch den Heiligen Geist – haben die Primarschüler zusammen mit ihren Paten und ihrer Familie gefeiert. (Text: red; Foto: ZVG/Gemeinde Eschen/Nils Vollmar)

Aufgrund der Coronasituation abgesagt

«S'Malbu blüht uf» 2021 findet nicht statt

MALBUN In den Jahren 2017 bis 2019 veranstaltete die Stiftung zur Förderung eines lebendigen Malbun die Veranstaltung «s'Malbu blüht uf». Im Mittelpunkt standen jeweils ein sportliches Element – wie der Waterslide oder das Prominentenskiennen –, Konzerte von Liechtensteiner und regionalen Bands sowie auch gesellschaftliche Programmpunkte, wie die Einladung zu Mittagessen in die verschiedenen Restaurants von Malbun. Die nächste, für

2021 geplante Ausgabe fällt nun aber ins Wasser. Der Stiftungsrat ist gemäss Medienmitteilung zur Ansicht gelangt, dass aufgrund der aktuellen und zu erwartenden Coronasituation während der kommenden Wochen und Monate eine Austragung dieser Veranstaltung im Jahr 2021 nicht opportun ist, zumal ein etwaiges Sicherheitskonzept mit Social distancing nicht garantiert werden könne. Der Stiftungsrat werde die Coronasituation genau beobachten und

sofern es die Ausgangslage zulässt – im Verlauf des nächsten Jahres über das neue Konzept und die geplante Entwicklung der Veranstaltung entscheiden und informieren.

Beliebte Veranstaltung

Mit den vergangenen Austragungen waren die Organisatoren den Angaben zufolge jeweils sehr zufrieden, die Veranstaltungen seien auf grosses Interesse gestossen und der Besucherandrang habe zum Teil die

Erwartungen übertroffen. Deshalb beschloss der Stiftungsrat bereits vor einem Jahr, die Veranstaltung «s'Malbu blüht uf» weiterzuführen, aber auch das Konzept für diese Veranstaltung zu erneuern. Wie das «Volksblatt» berichtete, war geplant, die Veranstaltung nur noch alle zwei Jahre durchzuführen, jedoch in grösserem Rahmen. Somit hätte im Frühling 2021 das erste «s'Malbu blüht uf» gemäss neuem Konzept stattfinden sollen. (red/pd)

134. Mittwochforum

Grippe, Schnupfen, Corona und Co. – Wie kommen wir durch den Winter?

SCHAAN Winterzeit ist Grippe- und Schnupfenzeit. Inzwischen ist mit COVID-19 eine Krankheit mit ähnlichen Symptomen hinzugekommen. Die Internistinnen Dr. Ruth Kranz und Dr. Claudia Hohenegger-Nägele zeigen auf, worin sich die Erkrankungen unterscheiden und wie Prävention bzw. Behandlung aussehen. Ihr Vortrag findet heute um 19.30 Uhr im Rahmen des Mittwochforums der Ärztekammer im SAL in Schaan statt.

Im Sprachgebrauch sind die Übergänge von einer Grippe zum Schnupfen fließend. Medizinisch gibt es je-

doch deutliche Unterschiede – sowohl bei den Erregern als auch bei den Symptomen und möglichen Komplikationen sowie bei der Prävention. Während ein Schnupfen in der Regel einen milden Verlauf zeigt und schwere Komplikationen äusserst selten sind, handelt es sich bei der Grippe um eine schwerwiegende Erkrankung, die allein in der Schweiz bei rund 2000 Personen pro Jahr einen tödlichen Verlauf nimmt.

Empfehlenswerte Grippeimpfung

Den wirksamsten Schutz gegen die Grippe stellt die jährliche Impfung dar. Eine Erkrankung ist zwar auch bei Geimpften nicht ausgeschlossen, das Risiko sinkt jedoch um 50 bis 80 Prozent und die Symptome werden im Krankheitsfall durch eine Impfung abgeschwächt. Auch schwere Komplikationen treten seltener auf. Die ersten Symptome einer COVID-19-Erkrankung, hervorgerufen durch das neuartige Coronavirus,



Dres. med. Ruth Kranz (links) und Claudia Hohenegger-Nägele sind Fachärztinnen für Innere Medizin und führen eine Gemeinschaftspraxis. (Fotos: ZVG)



können kaum von einer Erkältung unterschieden werden. In den weit aus meisten Fällen zeigen Coronainfizierte einen milden Krankheitsverlauf oder spüren gar keine Symptome. Bei fast 20 Prozent der Infizierten treten jedoch schwerwiegende bis lebensbedrohliche Symptome

auf. Eine Impfung liegt noch in weiter Ferne, weshalb derzeit lediglich die allgemein empfohlenen Präventionsmassnahmen hilfreich sind. Die Referentinnen werden daher unter anderem aufzeigen, wie sich jeder Einzelne möglichst wirksam schützen kann. (eps)

«Erneut ruhiges Jahr» Monitoringbericht Extremismus 2019 veröffentlicht

VADUZ Um Ereignisse und Entwicklungen im Bereich Extremismus in Liechtenstein zu beobachten und zu dokumentieren, wurde 2010 das Liechtenstein-Institut als unabhängige Institution von der Gewaltschutzkommission der Regierung beauftragt, einen jährlichen Monitoringbericht zu erstellen. Nun liegt die neueste Ausgabe vor. Wie in den Jahren zuvor könne auch das vergangene Jahr im Bereich des Extremismus als ruhiges Jahr bezeichnet werden, schreibt die Landespolizei in ihrer diesbezüglichen Aussendung. Seit mehreren Jahren seien in Liechtenstein weder grössere Gewaltvorfälle noch strafrechtlich relevante Ereignisse mit extremistischem Hintergrund zu verzeichnen. Der Monitoringbericht 2019 steht zum Download bereit. Er kann auf den Internetseiten der Landespolizei (www.landespolizei.li), der Gewaltschutzkommission (www.gewaltschutz.li) und des Liechtenstein Institutes (www.liechtenstein-institut.li) heruntergeladen werden. (lpfl/red)

«OUFL»-Kommission Rentzmann und Elkuch folgen auf Haas und Biolcati

VADUZ Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 29. September die Kommission «Obligatorische Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein» (OUFL) für die Mandatsperiode 2020 bis 2024 neu bestellt. Wie das Ministerium für Gesellschaft am Dienstag weiter mitteilte, übernimmt den Vorsitz der Kommission weiterhin Stefan Tomaselli vom Amt für Gesundheit. Neu nehmen den Angaben zufolge Patrick Elkuch von der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer sowie Reto Rentzmann vom Liechtensteinischen Bankenverband Einsitz in die Kommission. Die zwei neu gewählten Mitglieder ersetzen Brigitte Haas und Mattia Biolcati. Für eine weitere Mandatsperiode bestellt wurden Gebhard Frick von der Vereinigung Bäuerlicher Organisationen, Martina Haas vom Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverband, Sonja Lins von der Liechtensteinischen Treuhandkammer sowie Jürgen Nigg von der Wirtschaftskammer Liechtenstein. Gemäss Unfallversicherungsgesetz sind in der Kommission die an der Durchführung der Unfallversicherung interessierten Wirtschaftsverbände sowie die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vertreten. Geleitet wird sie vom Amt für Gesundheit. «Die Regierung dankt den neu beziehungsweise wieder bestellten Mitgliedern für ihre Bereitschaft, in der Kommission OUFL mitzuwirken und wünscht ihnen bei der Ausübung dieser Tätigkeit viel Freude und Erfolg. Den ausscheidenden Mitgliedern wird alles Gute für die Zukunft gewünscht», heisst es in der Medienmitteilung abschliessend. (red/ikr)

Erwachsenenbildung «Tannen.Nadel.Weg»: Gert Gschwendtner im Bregenzerwald

BREGENZERWALD/SCHAAN Tagesfahrt mit Führung des Künstlers. In fünf Handwerksbetrieben im Bregenzerwald findet eine Ausstellung mit Gert Gschwendtner's Werken statt. Neben dem künstlerischen Zugang zu den Werken erleben die Teilnehmenden bei dieser Tagesfahrt auch die Nähe zum Handwerk. Die Tagesfahrt findet am Mittwoch, den 28. Oktober, um 8.30 Uhr (Treffpunkt beim Rheinpark-Stadion Vaduz) statt. Anmeldung und weitere Auskunft bei der Stein Egerta in Schaan (Telefonnummer 232 48 22 oder per E-Mail an die nachfolgende Adresse: info@steinegerta.li). (pr)

ANZEIGE



Schwerpunkt Julian Nida-Rümelin im Gespräch

«Die Demokratie ist keine Dauereinrichtung, sie muss sich immer wieder verteidigen»

Interview Der deutsche Philosoph und Politikwissenschaftler Julian Nida-Rümelin ist am Mittwoch Gast beim «Campus Gespräche TV» der Universität Liechtenstein, das sich mit den Krisen der Demokratie beschäftigt. Das «Volksblatt» hat mit ihm vorab über die Grundpfeiler der Demokratie, ihre Krisen und ihre Herausforderungen in der Coronapandemie gesprochen.

VON SEBASTIAN ALBRICH

«Volksblatt»: Herr Nida-Rümelin, Sie werden am Mittwoch im Rahmen der Campus-Gespräche der Universität Liechtenstein referieren. Im Gepäck haben Sie Ihr neues Buch «Die gefährdete Rationalität der Demokratie». Kritik am demokratischen System kommt derzeit aus verschiedensten Richtungen. Was ist die Gefahr, auf die Sie hier aufmerksam machen wollen?

Julian Nida-Rümelin: Ich befasse mich gar nicht so sehr mit den demokratischen Krisen, die sich in verschiedenen Ländern in unterschiedlichen Formen zeigen. Mir geht es erst einmal darum, zu verstehen, was die Demokratie eigentlich ausmacht. Wer jetzt denkt: «Das ist einfach, Demokratie ist dort, wo die Mehrheit entscheidet», liegt schlicht falsch. Wenn es lediglich um die Zustimmung der Mehrheit ginge, wären auch viele Systeme demokratisch, die wir nicht als demokratisch bezeichnen würden. Darunter das nationalsozialistische Regime in Deutschland, das sich über viele Jahre der grossen Zustimmung der deutschen Bevölkerung rühmte und diese Zustimmung wahrscheinlich auch bis in die ersten Kriegsjahre durchgehend innehatte. Oder stellen Sie sich einen

«Wer denkt: «Das ist einfach, Demokratie ist dort, wo die Mehrheit entscheidet», liegt schlicht falsch.»

Staat vor, in dem 60 Prozent einer Bevölkerungsgruppe angehört oder eine Sprache sprechen und in einer Partei organisiert sind. 40 Prozent gehören einer anderen Sprachgruppe und Kultur an und sind ebenfalls politisch organisiert. Während die 60 Prozent immer entscheiden, sind die 40 Prozent immer in der Opposition. Ein solches staatliches Gebilde ist nicht lebensfähig und würde auch nicht als Demokratie empfunden, sondern als Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit. Wenn man jedoch beginnt zu verstehen, was Demokratie überhaupt ausmacht, ist es auch leichter zu erkennen, worin die verschiedenen Krisen der Demokratie bestehen.

Was sind für Sie die Grundpfeiler, die eine Demokratie ausmachen? Kern der Demokratie - so die These meines Buches - ist die Zustimmungsfähigkeit. Demokratie ist dort, wo die Menschen der politischen Ordnung, in der sie leben, trotz aller Uneinigigkeiten und Strei-

tigkeiten bei einzelnen Fragen prinzipiell zustimmen können. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Rechte des Einzelnen gesichert sind. Ohne Garantie der Individualrechte gibt es keine Demokratie. Denn wenn Menschen nicht davon ausgehen können, dass ihre Rechte in der staatlichen Ordnung geschützt sind, sind sie der Mehrheitsmeinung ausgeliefert. Zudem muss ich mich darauf verlassen können, dass ich, sollte ich beispielsweise durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter hilfsbedürftig werde, solidarische Unterstützung erhalte und nicht die Kontrolle über mein eigenes Leben verliere und blosses Objekt der karitativen Zuwendung werde.

Kann ein Politiker, der sich nicht für die Rechte von Minderheiten einsetzt, somit ein Demokrat sein?

Wer bewusst die Mehrheitsmeinung gegen Minderheiten mobilisiert, wie das zum Teil in europäischen Staaten wie Ungarn stattfindet, ist kein Demokrat. Wer der Auffassung ist, dass man nicht mit Menschen in einem Staatviertel zusammenleben kann, die eine andere Hautfarbe haben, ist kein Demokrat. Das ist eine Verletzung individueller Rechte auf gleiche Anerkennung und gleichen Respekt. Das sind essenzielle Elemente

der Demokratie. Damit kommen wir auf eine weitere Bedingung von Demokratie zu sprechen, die neben individuellen Rechten, Kooperation und Solidarität ein drittes Element bilden: eine Alltags- und Zivilkultur der Bürgerinnen und Bürger, die respektvoll miteinander umgehen und eine Praxis gleicher Anerkennung realisieren, in der Menschen unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften und Ethnien auf Augenhöhe begegnen können.

Demnach wären die USA, wie sie sich in den vergangenen Jahren präsentiert haben, kein richtiges demokratisches System, da die prinzipielle Zustimmung zur politischen Ordnung und auch die Zivilkultur in der stark polarisierten Politik der vergangenen Jahre kaum vorhanden war.

Es gibt nicht nur Demokratie und Nichtdemokratie, sondern man muss es auch graduell sehen. Aber die USA befanden sich in den letzten Jahren in der Tat auf einem gefährli-

chen Pfad, der ihre demokratischen Institutionen gefährdet. Das begann nicht erst mit der Wahl Donald Trumps 2016, sondern bereits lange davor. Wie stark diese Gefährdung war, sieht man jetzt in diesen Monaten. Ich freue mich jedoch, dass die demokratischen Institutionen dieser kulturellen Herausforderung offensichtlich gewachsen sind. Aber es war hochgefährlich. Wenn die Bürgerinnen und Bürger sich nicht mehr verständigen können, wenn es keinen zivilen Austausch von Argumenten gibt, sondern nur noch Ablehnung, Hass, Unterstellung und - in den USA besonders deutlich - Realitätsverlust, dann erodieren die kulturellen Fundamente der demokratischen Praxis. In der Regel sind dadurch die Institutionen gefährdet. Würden in den USA den Wahlmännern durch die Parlamente der Bundesstaaten die Entscheidung entzogen oder Anhänger Trumps sich nun bewaffnen und politische Institution besetzen, dann hätten wir dort eine tiefe Krise. Man kann nur hoffen, dass es weiterhin gut geht, auch wenn gewisse Institutionen noch an der Kippe stehen.

Die USA sind mit diesen Entwicklungen ja nicht allein. Selbst bei Ihnen in Deutschland hat man in der Coronakrise im Kleinen beobachten können, dass sich Menschen und Gruppen von der Realität und Gesellschaft abkapseln, beziehungsweise abgekapselt fühlen, und sich antidemokratische Tendenzen entwickeln. Sind die USA da auch ein mahndendes Beispiel für Europa? Ja, das würde ich durchaus als Mahnung sehen. Auch da es in den 1950er- und 60er-Jahren einen weitgehenden Konsens darüber gab, dass die angelsächsischen Demokratien - wie die USA und Grossbritannien - die stabilsten überhaupt sind. Eric Voegelin - ein von mir verehrter politischer Denker - begründete dies damit, dass die «angelsächsischen Zivilregime» von «Common Sense» getragen sind und Menschen auf die dortigen Institutionen vertrauen. Auch wenn sie noch

so streiten, seien diese Demokratien nicht zu erschüttern. Eine der schlimmen Erfahrungen der letzten Jahre ist, dass sich ausgerechnet diese beiden angelsächsischen Demokratietypen in solchen Krisen befinden. Denn auch das System Grossbritanniens sieht sich Herausforderungen gegenüber, die bis hin zu einem Zerfall des Vereinigten Königreichs und einer damit einhergehenden Verfassungskrise reichen können. Aber auch andere Länder befanden und befinden sich auf der Kippe.

Vor etwas mehr als einem Jahr hatten wir eine Verfassungskrise in Italien. Hier war die erste Regierung Europas an der Macht, die von zwei populistischen Bewegungen «Cinque Stelle» und «Lega» und nicht von klassischen Parteien bestimmt war. Innenminister Matteo Salvini forderte damals «i pieni poteri» («absolute Macht»). Eine Formulierung, die sich bewusst an Mussolini und den italienischen Faschismus anlehnte. Es hat zwei Wochen gedauert, bis die demo-

kratischen Institutionen bemerkt haben, dass das System zu kippen droht, und sich mit viel Mühe auf eine neue Regierungsform verständigen.

Wie bewerten Sie die Lage bei Ihnen in Deutschland, gerade auch im Hinblick auf die verschiedenen Strömungen von «Querdenkern», die sich im deutschsprachigen Raum ausbreiten?

Ausgerechnet Deutschland - von dem die nationalsozialistische Terrorherrschaft ausging und das ganz Europa ins Unglück stürzte - erweist sich selbst in der Coronakrise als institutionell sehr stabil. Aber an den Rändern formiert sich Ähnliches wie in den USA, allerdings viel kleiner und machtloser. Nämlich Menschen, die nicht nur aus durchaus guten Gründen die Massnahmen kritisieren, sondern die darüber hinausgehen und Vermutungen in die Welt setzen, dass es sich um eine grosse Verschwörung handelt, die darauf gerichtet ist, die Völker zu unterjochen. Solche Verschwörungsmen sind hochgefährlich. Der Mythos der «jüdischen Weltverschwörung» hat den Nationalsozialismus mit an die Macht getragen und den Völkermord an den Juden vorbereitet. Da muss man sehr, sehr aufmerksam sein, dass sich solche Mythen nicht ausweiten.

Wo sind wir hier angesichts all dieser Entwicklungen falsch abgebogen?

Da muss man weit in die jüngste Geschichte zurückblicken. Meine Analyse wäre: Die Botschaft, mit der demokratische Nationalstaaten an die Bürgerschaft herantreten, lautet: «Ihr Bürgerinnen und Bürger entscheidet über die Geschicke eures Landes. Wir gestalten die Wirtschaft und das soziale Zusammenleben nach euren Vorstellungen. Ihr müsst uns nur wählen.» Dabei wurde über Jahrzehnte unterschlagen, dass das nicht mehr der Realität entspricht. Der Nationalstaat ist längst nicht mehr in diesem Sinne souverän. Die Staaten in Europa sind in eine europäische Gesetzgebung eingebettet und verpflichtet, sich daran zu halten. Gerade auch Länder mit starkem Aussenhandelsanteil wie Liechtenstein und Deutschland sind zudem aufs Engste mit der Weltwirtschaft verflochten. Entscheidungen, die das nicht berücksichtigen, können innerhalb weniger Monate ins Desaster führen.

Die freie Entscheidung von Staaten ist somit durch internationale Verflechtungen und rechtliche Normen eingeschränkt. Dadurch ist es schon länger unverantwortlich, in der politischen Rhetorik zu behaupten, dass man auch weiterhin in jeder Hinsicht ein souveräner Nationalstaat sei.»

Hinzu kommt, dass die Politik bei grossen Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte schlicht versagt hat. Trotz aller Anzeichen für eine Migrationskrise hat sich die europäische Politik nicht vorbereitet und



selbst, nachdem sich die Situation 2015 zuspitzte, konnte man sich bis heute nicht auf eine europäische Regelung einigen. Gleiches gilt für die internationale Kontrolle und Einholung der Finanzmärkte. Die Folge solchen Versagens: Die Bürger wenden sich enttäuscht ab und jene, die nicht verstehen, wie das demokratische System in unserer globalisierten Welt funktioniert, flüchten sich in Verschwörungsmen und die wirrsten Ideologien. Damit einher geht eine zunehmende Radikalisierung. Die stärker werdenden extremen Ränder auf beiden Seiten stellen die Demokratie vor eine Herausforderung. Sie ist keine Dauereinrichtung, sie muss sich immer wieder verteidigen.

Kann der einzelne Bürger überhaupt im Gesamten begreifen, wie das demokratische System funktioniert und wie Entscheidungen zustande kommen?

Es geht ja nicht darum, dass die Bevölkerung die Politik betreibt. Das ist der Grundsatz der indirekten Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger äussern ihre Präferenzen bei Wahlen. Um darüber zu entscheiden, wie Ziele erreicht werden, sind

«Campus Gespräche»

Aufgrund von COVID-19 neu als «Campus Gespräche TV»

Die aktuelle Coronasituation führt auch dazu, dass die kommenden «Campus Gespräche» in neuem Format stattfinden werden. Anstatt einer Veranstaltung vor Ort mit entsprechendem Schutzkonzept, hat man sich entschieden, die Gespräche in Form eines Video- und TV-Beitrags als «Campus Gespräche TV» zu veröffentlichen. Der Fokus des kommenden Zyklus der Campus Gespräche richtet sich dabei auf ein Thema, das in der aktuellen Pandemie stärker ins Bewusstsein rückte: Die

Demokratie, ihre Krisen und was wir daraus lernen können. Dies wird auch Kern des Gespräches mit Prof. Julian Nida-Rümelin sein, das sich unter dem Titel «Campus Gespräch III - Die gefährdete Rationalität der Demokratie» mit den Grundpfeilern der Demokratie beschäftigen wird. Moderiert wird die Veranstaltung Roman Banzer und Sebastian Frommelt.

Das Gespräch kann am Mittwoch (2. Dezember) auf www.uni.li und www.volksblatt.li ab 18.15 Uhr angesehen werden.



Der Philosoph und Politologe Julian Nida-Rümelin ist am Dienstag Gast bei «Campus Gespräche TV» der Universität Liechtenstein. (Foto: ZVG/Diane von Schoen)

unterschiedliche Experten mit juristischer, ökonomischer und sozialer Kompetenz erforderlich und die unterschiedlichen Ressorts müssen sich abstimmen. Politik ist kein Kinderspiel. Wenn die Leute ein halbwegs realistisches Bild haben, wie Politik funktioniert, wissen sie auch, dass es ins Desaster führen würde, wenn wir jede politische Entscheidung direkt der jeweiligen Stimmungslage in der Bevölkerung überlassen würden. Die politische Richtung würde sich im Wochentakt ändern und kein Budget könnte eingehalten werden. Direkte Demokratie kann nur als Korrektiv praktiziert werden. Jede politische Einzelentscheidung den Stimmungslagen der Bevölkerung auszuliefern, ist nicht im Interesse der Bürger. Und ich bin sicher, die meisten sind auch klug genug, das nicht zu wollen.

Gerade in der aktuellen Situation scheint durchaus mancher Bürger der Meinung zu sein, die Gesamtsituation besser zu erfassen als die regierenden Politiker, denen in dieser Pandemie ja selbst nicht alle Informationen vorliegen. Eines meiner Forschungsgebiete ist die Risikoethik. Ein zentrales Thema

ist dabei, wie man in Risikosituationen rational entscheiden kann. Und ich gebe Ihnen recht, die pandemische Gesamtsituation zu überblicken, würde jeden einzelnen Menschen überfordern. Sie überfordert die Politik, aber sie überfordert auch die Wissenschaft.

Wir haben ein sehr breites Spektrum an Einschätzungen dazu, welche Strategien im Umgang mit der Pandemie angemessen sind. Das ist nicht einmal eine rein wissenschaftliche Frage, sondern auch eine Frage von Wertungen. Ein Beispiel: Die verschiedenen Massnahmen, die weltweit getroffen wurden, haben sicherlich jeweils zur Eindämmung der Pandemie beigetragen. Es ist jedoch schwer einzuschätzen, welche Massnahmen besonders effektiv waren. Spanien hatte einen langen harten Lockdown. Die schweren Verläufe und Todesfälle liegen trotzdem über jenen Deutschlands mit einem milderen Lockdown. Länder, die eingangs stark betroffen waren, wie Südkorea, sind ohne Lockdown, dafür mit Massentests und

starkem Contact Tracing, am unteren Ende dieser Liste. Abseits dessen sind auch Nebenfolgen zu beachten, die unbeabsichtigterweise zu Hauptfolgen der Krise werden. So erwartet unter anderem die Welthungerhilfe, dass die Zahl der Todesfälle durch Hunger aufgrund der wirtschaftlichen Schäden durch Lockdowns und Shutdowns massiv steigen wird. Somit dürfte die Zahl der Menschen, die durch Nebenfolgen der Pandemiebekämpfung sterben, weitaus höher sein als jene der Coronatoten.

Das sind ganz schwierige Abwägungen, die streng wissenschaftlich schwer abzuschätzen sind. Denn Virologen sind Experten für Virologie, aber nicht für soziale, kulturelle, ökonomische und bildungspolitische Fragen. Die Gesamtstrategie muss schlussendlich vor der Bürgerschaft gerechtfertigt werden. Hier brauchen wir eine offene Debatte, denn in der Abwägung dieser Aspekte ringen die Bürger in jedem Land um den richtigen Weg. Anders kann es in einer Demokratie nicht gehen.

«Die pandemische Gesamtsituation zu überblicken, (...) überfordert die Politik, aber sie überfordert auch die Wissenschaft.»

Hat die Politik hier bei ihrer Kommunikation in der Coronakrise Fehler gemacht?

Ich kenne jetzt speziell Deutschland, Italien und Frankreich im Detail. Hier hatten wir anfangs eine Kommunikation, die sehr stark darauf setzte, dass die Menschen zu Recht auch Angst haben. Diese Angst wurde auch verstärkt. Informationen, die eher beruhigend wirken, wurden als Sondermeinungen abgetan. Diese Stimmung wurde dann genutzt, um auch sehr rigide Massnahmen ohne grossen Widerstand zu etablieren. Das kann als Erfolg gewertet werden. In einer Demokratie ist das jedoch durchaus problematisch. Denn eine Demokratie braucht ein breites Spektrum an Meinungen. Wir brauchen den Austausch und selbst in Krisensituationen gehört der Streit zur Demokratie dazu. Die Ausgrenzung Andersdenkender führt erst recht dazu, dass sie sich radikalieren. Dadurch entstehen diese «Querdenker»-Demos und Verschwörungsmärsche. All das ist eine Reaktion auf das - manchmal nicht unberechtigte - Gefühl, dass man nicht zu Wort kommt. Das reicht bis in die Wissenschaft, wo selbst führende Köpfe der Pandemie, die andere Einschätzungen vertraten, diffamiert wurden. Das war keine gute Entwicklung und ihre Folgen können wir jetzt begutachten: In Deutschland unterstützen 70 bis 80 Prozent die Handhabung der Pandemie. 20 bis 30 Prozent sind jedoch vehement anderer Meinung, fühlen sich bedroht, ausgegrenzt, marginalisiert und radikalieren sich. Das wäre nicht nötig gewesen.

Was kann getan werden, um entstandene Schäden zu reparieren und die Demokratie zu stärken?

Ganz wesentlich ist die Revitalisierung der Zivilkultur. Entscheidend ist dabei, wie wir mit Uneinigkeiten umgehen. Denn Dissens darf nicht zur Spaltung einer Gesellschaft führen. Das ist jedoch immer wieder der Fall - nicht nur in der Pandemie, sondern auch bei vielen Fragen der Vergangenheit. Es muss uns - getragen von Respekt und einer aufklärerischen Kultur - gelingen, darüber zu diskutieren und herauszufinden, was für uns als Bürgerschaft gut und schlecht ist. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Spaltungen so vertiefen, dass die Menschen nicht mehr miteinander reden, sondern sich nur noch beschimpfen können. Das Zweite ist eine ökonomische und soziale Dimension der Krise: Ein Teil der Menschen fühlt sich abgehängt. Der wirtschaftliche Fortschritt kommt nicht bei allen an. Sie sehen zu, wie die Wohlhabenden immer wohlhabender werden, wie die obere Mittelschicht sich absetzt und ihre Kinder auf Privatschulen schickt, sie selbst fühlen sich jedoch wie festgemauert und können keine eigenen Perspektiven für sich oder ihre Kinder entwickeln. Es darf in Europa nicht die US-amerikanische Dynamik entstehen, bei der die oberen 3 bis 20 Prozent praktisch den gesamten ökonomischen Fortschritt für sich in Anspruch nehmen. Dadurch verschwindet die Solidarität in der Bürgerschaft, die auch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit braucht, damit die Demokratie intakt bleibt.

Zur Person

Julian Nida-Rümelin lehrt an der Ludwig Maximilians Universität München Philosophie und politische Theorie. Er ist Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, sowie der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, für die er eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe «Normative Konstitutionen der Demokratie» leitet. Er war Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Philosophie. Sein neuestes Buch hat den Titel «Die gefährdete Rationalität der Demokratie» und ist 2020 in der Edition Körber erschienen.

www.volksblatt.li

Aus der Region
Nächtliches Alkoholverbot aufgehoben

CHUR In Chur wird das umstrittene nächtliche Konsumverbot von Alkohol auf öffentlichem Grund aufgehoben. Die Stimmberechtigten genehmigten die dafür nötige Totalrevision des städtischen Polizeigesetzes sehr deutlich. Das Alkoholverbot auf öffentlichem Grund im Siedlungsgebiet hatte der Stadt Chur vor zwölf Jahren den Ruf eingetragen, das strengste Polizeigesetz der Schweiz zu haben. Tatsächlich aber waren sehr wenige Personen, die gegen das Verbot verstiessen, auch gebüsst worden, wie Stadtpräsident Urs Marti im Mai im Gemeinderat sagte. Das total revidierte Gesetz erlaubt neu die Bild- und Tonüberwachung, die durch das kantonale Recht abschliessend geregelt werden. Angenommen wurde das Polizeigesetz mit 7495 zu 1602 Stimmen bei einer Beteiligung von 38 Prozent. Auch die anderen drei Abstimmungsgeschäfte wurden mit einem Ja-Anteil von über 80 Prozent genehmigt. Darunter fallen ein Darlehen von 2,8 Millionen Franken an die Bürgergemeinde zur Erstellung einer neuen Baute, die Teilrevision der Stadtverfassung (Zusammensetzung der Bildungskommission) sowie die Teilrevision der Grundordnung, die eine Landabgabe im Baurecht an den Kanton Graubünden ermöglicht. (sda)

Aus der Region
Neue Verfassung angenommen

ST. MORITZ In St. Moritz ist die neue Gemeindeverfassung deutlich angenommen worden. Sie ermöglicht der Verwaltung, effizienter zu arbeiten. Die Annahme erfolgte mit 753 zu 256 Stimmen bei einer Beteiligung von 41 Prozent. Die alte Verfassung stammte aus dem Jahre 1978. 1997 wurde sie letztmals teilrevidiert. Mit der neuen Verfassung kann die Gemeindeverwaltung effizienter arbeiten, unter anderem dank neuer finanzieller Kompetenzen. Bis zu einer Ausgabe von zwei Millionen Franken muss ein Geschäft nicht mehr dem Volk vorgelegt werden. Allerdings besteht die Möglichkeit eines Referendums. Neu bestimmt die Verfassung zudem, dass jedes Mitglied der Gemeindebehörden seine Interessenbindungen offenlegen muss. Nicht Teil der neuen Verfassung ist das Ausländerstimmrecht. Weil es stark umstritten war, soll es dem Volk separat und später zur Entscheidung vorgelegt werden. (sda)

Aus der Region
Mehrere Einbrüche im Kanton St. Gallen

MELS Zwischen Samstag und Sonntag hat eine unbekannte Täterschaft im Kanton St. Gallen mehrere Einbrüche in Häuser verübt. Das teilte die Kantonspolizei am Sonntag mit. Demnach war die Täterschaft in Mels, St. Gallen und Niederwil aktiv. Im Rheintal brach sie die Fenster eines Einfamilienhauses auf, durchsuchte die Räumlichkeiten und stahl Bargeld und Wertgegenstände in noch unbekannter Höhe. (red/pd)

Aus der Region
Kind angefahren - Polizei sucht Zeugen

BUCHS Die Kantonspolizei St. Gallen sucht Zeugen eines Unfalles, der sich bereits am Freitag in Buchs ereignete. Ein vierjähriges Mädchen, das mutmasslich mit einem Scooter unterwegs war, wurde auf der Bäckerstrasse im Stadtzentrum von einem Auto angefahren. Es wurde durch die Rettung mit leichten Verletzungen ins Spital gebracht. Der genaue Unfallhergang ist unklar, heisst es in der Mitteilung vom Wochenende, weshalb die Polizei Zeugen bittet, sich mit dem Polizeistützpunkt Mels (Telefonnummer: +41 58 229 78 00), in Verbindung zu setzen. (red/pd)

«QAnon»-Anhänger wollen in den Landtag

Zwei DpL-Kandidaten für den Liechtensteiner Landtag sympathisieren öffentlich mit einer umstrittenen und sektenhaften Bewegung.

Julia Strauss

Für Aussenstehende mag es auf den ersten Blick verrückt klingen: Eine elitäre Gruppe, bestehend aus Politikern und Hollywood-Stars, entführt und ermordet kleine Kinder, um aus ihrem Blut ein verjüngendes Zauberelixier namens «Adrenochrom» zu gewinnen.

Und der noch amtierende amerikanische Präsident Donald Trump ist der heldenhafte Retter dieser Kinder. Beweise für diese absurden Theorien hat angeblich ein hoher Angestellter aus dem engsten Kreis der Trump-Regierung, der unter dem Namen «Q» seit 2017 kryptische Textbotschaften im Internet veröffentlicht.

Kandidaten der DpL glauben an «Q»

Die Botschaften von «Q» sind meist vage, zusammenhanglos und ohne erkennbaren Sinn, lassen so aber sehr viel Interpretationsspielraum zu: Jeder kann sich seinen am besten passenden Teil dazu denken. Fakten und Beweise? Persönliche Auslegungssache.

Die wilden Theorien rund um «Q» sind mit etwas Verspätung auch in Liechtenstein angekommen. Zwei Landtagskandidaten, Philipp Foser aus Triesen und Johannes Ilic aus Schaanwald, sympathisieren öffentlich mit der vom amerikanischen Federal Bureau of Investigation (FBI) als gefährliche Terrororganisation eingestuften Bewegung.

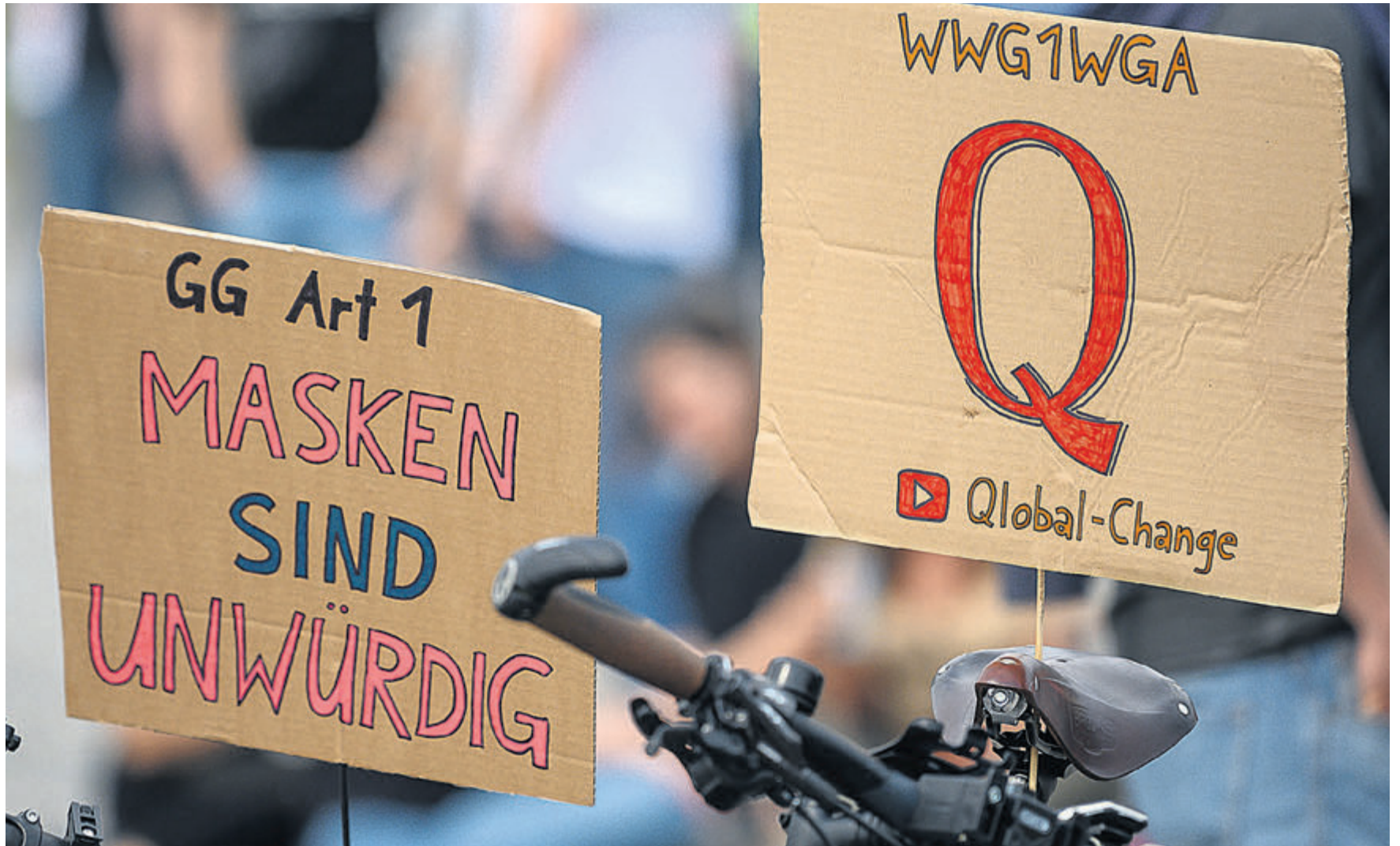
Sammelsurium aus wirren Codes und Anspielungen

Bei den meisten Verschwörungstheorien geht es um vergangene Ereignisse wie etwa die Mondlandung oder den angeblich fingierten Tod von Elvis Presley. Bei «QAnon» geht es um das Hier und Jetzt und um die Frage, was in Zukunft passiert. «Das gibt dieser Verschwörungstheorie eine ungemaine Dynamik», präzisiert der Sozialwissenschaftler Marko Kovic aus Zürich. Er ist Experte für Verschwörungstheorien und hält die Theorien um «QAnon» für gefährlicher als viele andere Konspirationstheorien.

Wie erkennt man die kryptischen Anspielungen und Symbole, welche die «Q»-Jüngerschaft verwendet? Am naheliegendsten ist der Buchstabe «Q», welcher zum Beispiel in brennender Form auf dem Profilbild in den sozialen Medien erscheint, so gesehen beim Triesner DpL-Kandidaten Philipp Foser. Auf Anfrage des «Liechtensteiner Vaterlandes» ist er überzeugt: «Es gibt Q. Es gibt Anon.»

Oder die mysteriöse Buchstabenfolge «WWG1WGA» (Where we go one, we go all), geteilt vom Unterländer DpL-Kandidaten Johannes Ilic. Diese Buchstaben fielen vor allem bei Wahlkampfveranstaltungen und Kundgebungen des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump auf. Auch bei rechtsextremen Kundgebungen erscheinen diese Buchstaben auf T-Shirts und Plakaten. Die «Querdenker»-Bewegung im deutschsprachigen Raum nutzt «WWG1WGA» bei ihren Kundgebungen gegen die Coronamassnahmen. Darauf angesprochen, weicht Ilic aus: «Ich sehe nicht, dass das offensichtlich mit QAnon in Verbindung gebracht werden muss.» Er finde es einen sehr guten Spruch und werde «eventuell demnächst einen Musik-Track damit auf den Markt bringen».

Kryptische Sätze wie «The storm is coming» oder der Hashtag «#saveourchildren» kommen auf den Profilen der beiden Kandidaten ebenfalls vor. Besonders perfide ist die Anspie-



Die Anhängerschaft der «QAnon»-Bewegung ist aktiv auf Coronademonstrationen.

Bild: Keystone

lung auf einen angeblichen Pädophilen-Ring, aus welchem «unsere Kinder» gerettet werden müssen. Diese Vorgehensweise, ein gesellschaftliches Tabuthema in den Vordergrund zu rücken, verbunden mit der Aufforderung, die Verantwortlichen mit allen Mitteln zur Rechenschaft zu ziehen, findet sich aktuell auch inflationär bei Coronaskeptikern.

Donald Trump, Retter aller entführten Kinder

Mit Trump als Heilsbringer und Befreier dieser angeblich entführten Kinder ist klar, dass der vergangene Wahlkampf und dessen Ausgang zentrales Thema der sektenhaften Bewegung sind. In sämtlichen grossen «Q»-Chatgruppen oder Foren werden Videos von Wahlkampfveranstaltungen und angeblichen Wahlkampfmanipulationen verbreitet. Die grösste deutschsprachige «Q»-Chatgruppe des Dienstes «Telegram» erreicht momentan über 143 000 Mitglieder. In deren Gruppennamen steht auch die Liechtenstein-Flagge.

Bei beiden DpL-Kandidaten sind solche Videos auf den öffentlichen Profilen zu finden. Beim Triesner Kan-

didaten Philipp Foser fand sich bis vor kurzem eine bei Trump-Fanatikern und «QAnon»-Anhängern beliebte Illustration, die auf den angeblichen Wahlbetrug seitens der Demokratischen Partei hindeutet.

«Neue Weltordnung» als Wahlkampfthema

Trump kämpft laut «Q»-Anhängern in seiner Rolle als Messias an vorderster Front gegen den sogenannten «Deep State», eine angeblich existierende Schattenregierung, welche die «Neue Weltordnung» anstreben würde. Öffentlich wirbt Foser mit «unseren Themen wie der Neuen Weltordnung», welche er den Bürgern näherbringen will. Die Bedrohung durch eine «Neue Weltordnung» wird vorrangig von christlich-fundamentalistischen, rechts-extremen und der Esoterik zugeneigten Personen verbreitet.

Auf die fragwürdigen Botschaften der sektenähnlichen Bewegung angesprochen, relativiert Foser und lässt viel Spielraum für Eigeninterpretation. So hält er wohl einige der Botschaften für abwegig oder absurd. Andere aber für plausibel und offensichtlich. «QAnon-Inhalte sind durchaus von Relevanz und Sachlichkeit geprägt, sofern man sich ernsthaft und sachlich damit auseinandersetzt», führt der Triesner DpL-Kandidat aus. Er bezeichnet «QAnon» als ein Universum an Themen, Ideen und Theorien, in dem man sich leicht verirren könne. Weiter relativiert er: «Alles, was nicht dem Mainstream-Narrativ entspricht, wird als falsch, Verschwörung oder rechts dargestellt und in eine Sippenhaft genommen.» Dies hält er für fragwürdig, benutzt aber gleichzeitig mit «Sippenhaft» ein ebenfalls fragwürdiges Schlagwort aus der NS-Diktatur.

Antisemitische Feindbilder spielen wichtige Rolle

Die uralten antisemitischen Feindbilder machen die Bewegung und ihre immer stärker radikalisierten Anhän-

ger gefährlich. Die antisemitischen Hinweise sind vielfältig: Immer wieder werden beispielsweise die Familie Rothschild oder der Milliardär George Soros in Verbindung mit dem «Deep State» gebracht, als über alles herrschende Bank- und Finanzelite. Die Bezeichnung des «internationalen Finanzjudentums» wurde im Dritten Reich dazu verwendet, jüdische Mitbürger aufs Äusserste zu denunzieren.

Auch die mittelalterliche antisemitische Ritualmordlegende, welche behauptet, dass Juden das Blut von Christen tranken und die Weltherrschaft anstrebten, zeigt Parallelen zu den angeblich Kinderblut trinkenden Prominenten und Politikern.

Politiker müssen Konsequenzen ziehen

Die verantwortlichen Politiker seien nun gefragt, politische Figuren mit diesen kruden Ansichten und Positionen stark zu kritisieren und «als den Humbug, den diese Positionen widerspiegeln, zu entlarven», appelliert der Sozialwissenschaftler Kovic. Für die Betroffenen, die langsam in diese obskuren Verschwörungstheorien abrut-

schen, entsteht laut Kovic das Risiko, sich mehr oder weniger komplett in einer Parallelwelt zu verlieren. «Jedes aktuelle Ereignis wird dann durch das Prisma der «QAnon»-Verschwörungstheorie gedeutet.»

Es sei enorm gefährlich, wenn Politiker in der Öffentlichkeit zur «QAnon»-Bewegung stehen. Denn Politiker haben laut Kovic einen privilegierten Status in der Öffentlichkeit und werden als Autoritätsfiguren wahrgenommen. «Wenn dann ausgerechnet sie «QAnon»-Schwurbeleyen verbreiten, wirken sie als Megafon für diese gefährliche Theorie.» Dabei besteht laut Kovic auch die Gefahr, dass Menschen mit einem eigentlich gesunden Menschenverstand plötzlich denken, «da könnte was dran sein, wenn prominente Leute dran glauben».

Radikalisierung mit schwierigem Ausstieg

Dass bisher keine einzige der Voraussetzungen eingetreten ist, zum Beispiel Hillary Clintons Verhaftung nach den Präsidentschaftswahlen 2016, scheint die Szene nicht zu stören. Im Gegenteil: Nicht eintretende Prophezeiungen werden ganz einfach als «Verwirrungstaktik seitens Donald Trump» oder Fehlinterpretationen erklärt.

Dem widerspricht Johannes Ilic: «Nur komisch ist, dass sehr viele Sachen, die vor ein paar Jahren gepostet wurden, nun auch wirklich eintreffen oder relevant werden.» Obwohl es für diese «eingetretenen Sachen» keinerlei Beweise gibt, findet es Ilic «sehr interessant». Er möchte klarstellen, dass er kein Teil irgendeiner «QAnon»- oder sonstigen Bewegung ist, antwortet aber widersprüchlich: «Ich suche nur Denkanstösse und verfolge die «Q»-Plattform. Und einige Kerngedanken gefallen mir gut.»

Mögen die Theorien rund um «Q» noch so absurd und lächerlich klingen, für viele der Anhänger sind sie Realität. Nach einer so starken Radikalisierung wird es schwer, aus dieser Spirale der Realitätsverweigerung auszubrechen.

«Es gibt Q.
Es gibt Anon.»



Philipp Foser
Landtagskandidat der DpL, Triesen

«Einige
Kerngedanken
gefallen mir gut.»



Johannes Ilic
Landtagskandidat der DpL, Mauren

